

# Der Steinarbeiter

**Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands**

**Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau**

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kaffierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 19. März 1932

36. Jahrgang

Nummer 12

## Endlich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm

Das Reichsarbeitsministerium hat neuerdings Vorschläge, die eine Arbeitsbeschaffung in größerem Ausmaße zum Ziele haben, dem Reichsministerium unterbreitet. Wir gehen wohl nicht fehl, daß der Druck der Gewerkschaften und der bevorstehende Krisenkongreß zu dem Vorschlag mit die Veranlassung war.

Nach den Meldungen der Tagespresse sehen die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums vor: Aufträge der Reichsbahn in Höhe von 300 Millionen, der Reichspost von 100 Millionen. Für Straßenbau sollen 300 bis 400 Millionen, für landwirtschaftliche Meliorationen 200 bis 300 Millionen, für Wasserbau 50 Millionen, für die Förderung des Kleinwohnungsbaues 200 Millionen aufgewendet werden. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die die produktive Erwerbslosenfürsorge finanziert, soll zusätzlich 50 Millionen zur Durchführung eines erweiterten Arbeitsprogramms bekommen. Außerdem soll die Arbeitsförderung im Kohlenbergbau systematisch durchgeführt werden. Man denkt dabei an die 40-Stunden-Woche oder an das sogenannte Krümpersystem. Schließlich will man eventuell 25 bis 30 Millionen ausgeben, um den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern.

Im einzelnen wird dazu wohl noch manches zu sagen sein, vor allem zum sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, der tatsächlich großer Humbug ist. Dann über die Beschaffung der finanziellen Mittel zu einer solchen Arbeitsbeschaffung großen Stils; doch das soll schließlich nicht unsere Sorge sein. Wir müssen heraus aus der Sackgasse der fürchterlichen Dauerarbeitslosigkeit. Die Millionen der Arbeitslosen haben ein Recht, vom Staat die wirksame Initiative in dieser Sache zu verlangen.

Die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums, für 600 000 Arbeiter direkt oder indirekt Arbeit zu beschaffen, muß notwendig eine belebende Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben ausüben. Wenn es gleichzeitig gelingt, die Arbeitsförderung endlich

zur Wirklichkeit werden zu lassen, sei es durch die Einführung des Krümpersystems, sei es auf dem Wege der Verallgemeinerung der 40-Stunden-Woche, wird das Jahr 1932 der entscheidende Wendepunkt in der Wirtschaftskrise sein. Voraussetzung ist allerdings, daß die Regierung diese Vorschläge mit der nötigen Energie durchführt und daß sie mit der bisher betriebenen verhängnisvollen Politik des Lohnabbaues nicht nur endgültig Schluß macht, sondern auch darauf bedacht ist, die Kaufkraft des Lohnes zu stärken.

Der Außerordentliche Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 23. März in Berlin, auf dem als einziger Verhandlungsgegenstand

### „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“

vorgelesen ist, wird sich zweifellos mit diesem Programm auch beschäftigen und es wird allgemein die Wege aufzeigen, die beschritten werden müssen.

Die Millionen Arbeitslosen in der deutschen Republik werden in der nächsten Woche erwartungsvoll nach Berlin schauen auf die Verhandlungen dieses Krisenkongresses, denn dort wird sich das Verlangen der Millionen, ihr Schrei nach Arbeit, konzentriert äußern nach schneller und wirksamer Hilfe.

In diesem Sinne begrüßt der Steinarbeiterverband die Tagung, sie ist tatsächlich sehr, sehr notwendig und wird den vielen Millionen deutscher Arbeiter zeigen, daß die Gewerkschaften nie immer auf dem Posten sind, um zu helfen aus dem Massenelend, unter dem das ganze Arbeitervolk leidet und böse durcheinandergeschüttelt wird, endlich herauszukommen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministeriums könnte bei einiger Umgestaltung der Anfang sein. Wo ein fester Wille ist, findet sich auch ein Weg, der über alle sonstigen Gegenstände hinweg

Arbeit schafft.

## Radikalismus oder Opportunismus?

Die Frage, die überschriftlich aufgeworfen wird, hat den Wahlkampf um den Reichspräsidenten am 13. März von Anfang bis Ende beherrscht. Der Opportunismus im deutschen Volke hat am 13. März gesiegt, denn von Hindenburg hat über 18 1/2 Millionen Stimmen auf sich vereint. Die Gegner (Hitler, Dittlerberg, Thälmann, Winter) haben es zusammen auf 18 1/2 Millionen Stimmen gebracht. Der Radikalismus von rechts und auch jener von links ist — soweit wir das bei Redaktionschluss übersehen konnten — gescheitert am festen Willen des Volkes, zu dem auch unsere politischen und gewerkschaftlichen Anhänger ein entscheidend Teil beigetragen haben. Die Vernunft, die wirklichen Tatsachen, der Opportunismus haben gesiegt; dennoch macht sich ein 2. Wahlgang notwendig, weil zirka 170 000 Stimmen an der absoluten Majorität fehlen. Die Wiederwahl von Hindenburgs ist durch die Stimmabgabe am 13. März gesichert.

Der nachfolgende Artikel, der aus der Feder des seit langem arbeitslosen Kollegen C. Bg. stammt, scheint uns in dieser Situation besonders aktuell zu sein. Obwohl er sich nur beschränkt auf die Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterchaft, läßt er sich sinngemäß allgemein anwenden; auch auf die Nazibewegung, die am 13. März eine wohlverdiente Schlappe erlitten hat.

Das politische Leben der Nachkriegszeit zeigt unverkennbar einen starken Zug zum Radikalismus. Das zeigte sich besonders im Ausfall der letzten Wahlen zum Reichstag wie in allen in letzter Zeit stattgefundenen Wahlen zu Länder- und Stadtparlamenten, die den sogenannten radikalen Flügelparteien ein geradezu treibhausartiges Wachstum ihrer Stimmzahlen brachten. Ueber die Ursachen dieser außergewöhnlichen Erscheinungen gehen die Meinungen der verschiedenen Interessengruppen und Parteien weit auseinander. Jeder aber, der ungetrübtes Blickes die Ursachen und Wirkungen des Zeitgeschehens zu erkennen vermag, wird sich darüber klar geworden sein, wo die Wurzeln solchen unnatürlichen Wachstums zu suchen sind. Nachprüfung der programmatischen Leitätze der extrem-radikalen Parteien, ihrer Methodik und Argumentation ergibt keineswegs eine so gewaltige Geistigkeit und Ueberzeugungskraft zwingender Logik, daß ihrer Wirksamkeit auch nur der bescheidenste Teil an den von ihnen selbst kaum erwarteten Erfolgen zugesprochen werden kann. Oder sind etwa die Erfolge dieser Parteien bisher auf parlamentarischem Gebiet so große und hervorragende, daß diese ihnen die hohe Gunst der Wählermassen dertat eingetragen haben, um ihnen die Stimmen zufließen zu lassen wie die Motzen zum Licht? — Nein, wirkliche Erfolge sind auch auf diesem Gebiet mit bloßem Auge nicht sichtbar, liegen auch gar nicht in den Bestrebungen der radikalen Parteien, da diese ja eigentlich Gegner des Parlamentarismus sind. Die wahren Ursachen der radikalen Klut sind überhaupt nicht in der Qualität der betreffenden Parteien zu suchen, sondern sie liegen in den Zeitverhältnissen, im kapitalistischen System, dessen Erzeugnis erst der politische Radikalismus ist. Die Entwicklung des kapitalistischen Systems mit seiner Profitwirtschaft und seinem Ausbeutungsprinzip mußte ja zu Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, wie wir sie bereits seit Jahrzehnten in kürzeren oder längeren, aber fortschreitendem Maße erlebt haben, führen. Durch den Weltkrieg und dessen Folgen, wie auch Verlagen der Wirtschaftsführung mußte es zu der Katastrophe kommen, unter der außer anderen viele Millionen von Arbeitern bereits seit Jahren zu leiden haben, und deren Auswirkungen sich in der ganzen Welt zeigen. Auch ohne den Weltkrieg hätte die Weltwirtschaftskrise eintreten müssen, denn sie liegt im kapitalistischen System begründet, sie ist durch den Krieg nur beschleunigt worden. Ueberrationalisierung auf Kosten der Arbeiterchaft, Ueberproduktion, Stöckung der Kaufkraft, Verringerung der Absatzgebiete,

allerhand Fehler in der Wirtschaftsführung, und manches andere sind die Ursachen. Jahrelange Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit, Gehalts- und Lohnsenkung, Steuerdruck und Herabminderung aller sozialen Sicherungen durch Notverordnungen und Sparmaßnahmen, unerbittliche Verteilung in der Tragfähigkeit der Krisenlasten, alles dieses mußte einen Zustand der Verzweiflung und Verleumdung schaffen und eine Stimmung hervorbringen, die in irgendeiner Form zu explosivem Ausbruch drängt. Massenverweigerung, abgleitende Mittelschichten, um ihre Hoffnung betrogene Jugend ohne Lebensperspektive, Enttäuschung, Indifferente und politisch Schwankende, sie alle legen ihre letzte Karte auf diejenigen Parteien, die ihnen mit vollen Händen die Erfüllung aller ihrer Wünsche versprechen. Hier liegen Ursache und Wirkung der radikalen Hochflut. Katastrophe, Not und Verzweiflung, das ist der Boden, in dem der Radikalismus wurzelt, auf dem seine Wahlziffern üppig emporwuchern.

Hinein  
in die  
Hammerhaken  
des  
ADGB

Im wissenschaftlichen Sinne bedeutet Radikalismus: „von Grund aus entschiedene Durchführung; auf das politische Gebiet übertragen die rücksichtslose Verfolgung eines zu erstrebenden Zieles, ohne Beachtung hindernder Nebenumstände und Durchsetzung desselben mit jedem Mittel. Vorherrschend ist das Prinzip der absoluten Willensdurchsetzung bis zum äußersten.“ Die gegenteilige Form der Taktik ist im politischen Kampf „der Opportunismus, der oft auch mit Revisionismus oder Reformismus bezeichnet wird“, er bedeutet die Einstellung zum Nächstliegenden, Erreichbaren und im Bereich gegebener Möglichkeiten liegenden, ohne jedoch ein ferner liegendes Ziel aus den Augen zu verlieren. Beide Richtungen sind durchaus vereinbar, sofern diese ideell übereinstimmend sind und deren Interessengebiet ein gemeinsames ist, was z. B. auf die Sozialdemokratische Partei und die ADGB-Gewerkschaften zutrifft. Hier wirken zusammen, ganz selbstverständlich und untrennbar, opportunistische Prüfung der Nebenumstände und Wahl der passenden Gelegenheit und Kampfmittel mit radikaler, also entschiedener Willensdurchsetzung des gezielten Zieles, des möglichst Erreichbaren. Nur in vernünftiger Beurteilung der Wirklichkeitsverhältnisse und zweckmäßiger Anpassung an diese liegt der Erfolg; dieser bleibt immer Zweck und Ziel des Kampfes. Dieser Taktik, der die sozialistische Arbeiterbewegung Aufstieg und Größe verdankt, halten unsere extrem-radikalen Volksgenossen nicht für die richtige. Sie wollen das Endziel nicht in Etappen erreichen, sondern, gleich aufs Ganze gehend, in revolutionärem Elan den Umsturz der Gesellschaftsordnung erreichen. Da aber dieses radikale Draufgängertum sinnlos ist, weil es nicht auf dem Boden der realen Tatsachen steht und nur alle Dinge so sieht wie diese sein sollen, nicht aber wie sie in Wirklichkeit sind, so ist auch der Misserfolg von vornherein sicher. Niemand kann mit dem Kopf gegen einen Felsen rennen, ohne sich den Kopf zu zerschmettern. Solcher Felsen aber gibt es auf dem dornenvollen Wege zum Endziel noch sehr viele, groß und mächtig, die zu bezwingen unsere Kräfte noch nicht ausreichen. Diese großen Kräfte jedoch sind zu erzielen durch Einigkeit und Geschlossenheit in unseren Organisationen, durch Stärkung derselben, aber nicht in schwächender Zerplitterung und gehässigem Bruderkrieg. Es gibt wahrlich genügend Besseres zu tun, als uns an extremen Phrasen und Illusionen zu heischen, mit denen in der Gegenwart kein Hund hinterm Ofen hervorzulocken ist, viel weniger noch praktische Aufbau- und Entwicklungsarbeit zu leisten ist. Nichts in der Welt tritt fertig und vollendet in Erscheinung, alles ist der Entwicklung unterworfen. Wir Menschen können uns nicht außerhalb derselben stellen, sie zwingt uns auch gelegentlich die Taktik unseres Kampfes auf; diesem Naturgesetz können wir nicht widerstehen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Entwicklung zu fördern im fortschrittlichen Sinne und die Köpfe zu illuminieren, damit eine Generation heranwächst, die befähigt ist, weiter aufzubauen, um Träger einer besseren Zukunft zu sein.

Das Endziel wird aber um so sicherer erreicht werden, als durch die auf das Nächstliegende gerichtete Taktik des etappenweisen Kampfes schon in der Gegenwart Fortschritte erzielt werden, auf denen weiterstrebend um so mehr und Größeres erreichbar ist, wenn die Organisation unserer Klassengenossen einig und stark ist. Nur dieses ist der Weg, der uns in kulturgeschichtlicher Entwicklung zum Ziel führt. Hierin ist gewiß mehr vernünftiger Radikalismus und revolutionäre Tat wirksam wie in aller erfolglosen Himmelsstürmerei des wirklichkeitsfernen Extremradikalismus. Es hat im politischen Kampf und in Streitfragen immer Meinungsverschiedenheiten gegeben, das ist ebenso verständlich, wie es nützlich und förderlich ist, indem Klärung strittiger Fragen nur zum geistigen und materiellen Vorteil der Gemeinschaft beitragen können. Worauf es aber ankommt, das ist die Austämpfung der Gegensätze mit geistigen Waffen in gegenseitiger Achtung und in der Ueberzeugung, nur das Beste im Interesse des Ganzen zu wollen. Immer muß jedoch die Unterordnung unter den Mehrheitsbeschluß bestimmendes Gesetz gemeinnütziger Disziplin sein. Führen aber Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen zu feindschaftlichen Gegensätzen, so ist Spaltung und Schädigung der Gemeinschaft, der gehässige zerstörende Bruderkrieg die beschämende Folge. Dieser Zustand besteht nun in Deutschland bald anderthalb Jahrzehnt. Volksgenossen kämpfen in extremer Verblendung gegen ihre Klassenbrüder und schädigen deren Organisationen. Ja man hat sich soweit vergessen, vor aller Defensivität zu erklären, daß die Sozialdemokratie „ihre größte Feind“ sei. Kann es schlimmere extremradikale Verirrtheit geben, die zu solcher Geistesverwirrung führt, um nicht mehr zu erkennen, wo der wirkliche Feind der Arbeiterklasse steht? Dem entsprechen denn auch die Kampfmittel mannigfach schmählicher Art, die in terroristischen Akten mit Waffengewalt und Todesopfern ihren Höhepunkt erreichten, den traurigen Weg des überradikalen Fanatismus kennzeichnen. Zu solchen bedauerlichen Konsequenzen muß naturgemäß jede extrem radikale Opposition führen. „Wir von der Opposition“ oder „wir Radikalen“, so hört man es oft in Partei- und Gewerkschaftskreisen. Ist ein solcher Standpunkt nicht unfinnig? Das bedeutet einseitige Ablehnung von vornherein alles dessen, was nicht im Sinne extremer Anschaffungsweise liegt, also Ausschaltung praktischer Mitarbeit und verantwortungsmäßiger Einstellung zum Problem auf jeden Fall. Es führt zu einseitiger Nörgerei und Regierung an allem, was nach dortseitiger Auffassung nicht radikal ist, zur Opposition um jeden Preis. Solche prinzipiell radikal-oppositionelle Einstellung ist ebenso unfruchtbar und schädlich, wie es entgegengelegten Falles der einseitige Opportunismus wäre. Die richtige, der Sache nützende und das Gesamtziel fördernde Taktik kann in keiner Beziehung extrem sein. Sie muß je nach Beschaffenheit des Problems und der mitbestimmenden Nebenumstände von Fall zu Fall sich radikaler oder opportunistischer einstellen, und zwar unter der Perspektive der sichersten Erfolgsmöglichkeiten. Dann ist am radikalsten immer der tatsächliche Erfolg, nicht aber die extremradikalen Reden. Alles dieses müßte bei ungetrübter Betrachtung und klarer Erkenntnis der Wirklichkeit selbstverständlicher Grundsatze im Kampfe einer einigen Arbeiterchaft sein gegen Kapitalismus, Arbeitslosigkeit, Hunger und soziales Elend. „Der wirkliche Feind steht rechts!“

# Austragung des industriellen Wuchers

Vom Wucher in alten Zeiten. — Modernes Wuchertum. — Seine Bekämpfung.

Unter dem Begriffe „Wucher“ verstehen wir allgemein die trasse Uebervorteilung und trasse Ausbeutung des Mitmenschen. Der Wucherer trägt immer das Mafel der rücksichtslosen Habgier und des trassen Egoismus auf seiner antisozialen Stirn. Fast immer ist darum von den großen Religionen und ethischen Auffassungen das Wuchern als eine verpönte Handlung betrachtet worden.

Der Wucher ist aber schon alt. Seitdem die menschliche Gesellschaft Privateigentum und Reichtumsanhäufung kennt, seitdem sie sich in Besitzende und Besitzlose zerpalte, seit dieser Zeit hat es immer Wucher auf der Erde gegeben. Im Altertum wucherte man mit Boden, Sklaven und Vieh. Obwohl weiße Köpfe wie Plato, Aristoteles, Cato und Seneca den Zinswucher als unmoralisch verwarfen, blühte er eifrig. Erst als der Geist des Christentums sich ausbreitete, schien eine Aenderung einzutreten. Die Moralvorschriften der Kirche drohten dem Wucherer Berruf und Verbannung an. Man verlangte, daß in allen Verträgen das Verhältnis von gleicher Leistung und gleicher Gegenleistung gewahrt bleiben sollte. Tatsächlich war dann auch lange Zeit im Junktweisen mit seinen vielen Tugen für Waren und Arbeitsleistungen ein guter wirtschaftlicher Schutz vor Sozialwucher gegeben.

Langsam emporsteigender Kapitalismus zerstörte aber bald alle wucherhemmenden Junktstranken. Obwohl Luther nochmals eine heftige Kampfschrift gegen den Wucher ins Volk hineinschleuberte, ließ sich die kapitalistische Entwicklung nicht hemmen. Bald änderten sich auch sogar die moralischen Auffassungen über den Wucher. Die ersten theoretischen Begründer der kapitalistischen Wirtschaftsfreiheit erklärten jeden Zinswucher für direkt gerechtfertigt. Jeder Eingriff des Staates in das freie Spiel der Kräfte wird als Torheit und Mißgriff angesehen. Man behauptete, die Gesetze gegen den Wucher verminderten das Kapitalangebot und trügen nur zur Verteuerung des Kredits durch Einkalkulation einer Risikoprämie bei. Nur völlige wirtschaftliche Freiheit führe zu einem Ausgleich, zu angemessenen Zinsen und alle Wucherer handelten zum allgemeinen Besten, wenn sie ihren Vorteil verfolgten.

Natürlich übertrag man diese Wuchertheorie bald auch schnell auf das Arbeitsleben. Je mehr man die Arbeitenden ausbeuten könne, desto besser sei es für die Volkswirtschaft. In der frühkapitalistischen Manufaktur vollzog sich darum eine ungeheure Auspressung der Arbeiterschaft. Man braucht nur Schilberungen von Engels und Marx zu lesen, um den verbrecherischen Wucher mit Besitz, Waren und Arbeitsplätzen kennenzulernen. Schließlich sah sich der Staat aus Gründen der Selbsterhaltung veranlaßt, den Mißbrauch der Gewerkschaftsrechte und der Vertragsfreiheit zu einer Wucherfreiheit zu begrenzen. In Deutschland gibt es sowohl im Bürgerlichen Gesetzbuch wie im Strafgesetzbuch verschiedene Paragraphen gegen den Wucher. Viel zu wenig ist bekannt, daß die Erreichung übermäßiger Vermögensvorsorte mit Hilfe der Ausnutzung einer Notlage des Mitmenschen hoch bestraft werden kann. Aber leider finden nur wenige Menschen den Mut, als Ankläger gegen ausbeuterischen Wucher aufzutreten. Besonders die vielen Unorganisierten lassen sich jede Auszangung gefallen. Nur die Gewerkschaften wagen es, mit lauter Stimme und kräftiger Tat gegen den industriellen Wucher anzukämpfen. Die Ergründungen der sozialpolitischen Kämpfe stellen wertvolle Maßnahmen gegen soziales Wuchertum dar.

Der Kapitalismus ist durch die demokratische Republik bedroht, aber nicht beseitigt worden. Woraan dies liegt, wissen wir alle. So war es darum den Gewerkschaften auch unmöglich, gänzlich allen Wucher im Lande auszurotten. In den vielen Kartellen, in den Börsern, in den unzähligen privatkapitalistischen Unternehmungen blüht der Wucher in zahlreich verkleideten Umgehungen weiter. Möglich ist dies nur, weil noch immer Privatbesitz an den Produktionsmitteln besteht. Dieses Besitzverhältnis gestattet der kapitalistischen Schicht denkbare größte Willkür.

Der Preiswucher in den Kartellen ist hinreichend bekannt. Obwohl die Produktivität der Arbeit ungeheuer gestiegen ist, muß man mit Notverordnungen die hohen Preise gewaltam um ein paar Pfennige ermäßigen. Aber bald vergessen hätten wir den Wucher mit Aktienpaketen. Stinnes, Herzfeld, Fild und andere Kapitalisten spekulierten solange mit geborgten Geldern, bis sie Großunternehmungen zusammengebaut hatten. Um politische Hilfstruppen zu bekommen, verbrüderten sich die reichen Aktienwucherer mit den Nationalsozialisten. Sie jollen den erwucherten Besitz verteidigen. Trotzdem muß sich die Staatsanwaltschaft schon hier und da mit dem Besitzwucher beschäftigen. Die Skandale um Fanaag, Nordwolle, Kartstadt, Schultheiß-Paßenhofen und um viele andere sind uns ja genügend bekannt.

Besonders traffe Formen hat der soziale Wucher in direkten Fragen des Arbeitsverhältnisses angenommen. Die Krise der Produktion, die stark verminderte Zahl der Arbeitsplätze heutzutage zu einem großen Wucher mit Arbeitszeit und Lohn. Anstatt den Sieben-, Sechs- oder gar Fünf-Stunden-Tag einzuführen, um die Arbeiter auf den Arbeitsplätzen zu halten und vor Vermürbung und Verzweiflung zu bewahren, gehen sie von ihrem alten Herrenstandpunkt einer langen Arbeitszeit nicht herunter. So steigt denn noch immer ein klein wenig der Zulauf zum Faschismus und Bolschewismus. Die politischen Spannungen werden gesteigert und die Zweifel am Bestande der demokratischen

Republik erhalten, was allen Feinden des Sozialismus sehr erwünscht ist.

Die Reichsregierung ist mit ihren Notverordnungen den Unternehmern weit entgegengekommen. Aber den rheinisch-westfälischen Schafmachern genügt dies noch lange nicht. Sie erklären durch ihre dortige Handelskammer:

„Die Herabsetzung der Tariflöhne ist im Interesse der Senkung der Selbstkosten der Wirtschaft an sich zu begrüßen. Dagegen muß bezweifelt werden, ob die Verlängerung der Geltungsdauer aller laufenden Tarifverträge bis zum 30. April 1932 notwendig war und verantwortet werden kann. Von der Reichsregierung muß jedenfalls erwartet werden, daß sie sich, wenn sich die zwingende Notwendigkeit dazu ergibt, einer weiteren Senkung der Tariflöhne schon vor dem 30. April 1932, gegebenenfalls durch Abänderung der Notverordnung, nicht verjagt.“

Die kapitalistischen Führer an der Ruhr verlangen also, daß der Arbeiter fast umsonst arbeiten soll. Durch Beseitigung der Tarife und gewerkschaftlichen Errungenschaften wollen sie einen unerhörten Wucher mit den Arbeitsplätzen durchführen, die Not des Arbeitslosen zu ungerechtfertigter Bereicherung ausbeuten. Es wird also immer dringender, daß den Besitzern der Produktionsmittel ihre wirtschaftliche Macht genommen wird. Nie war der Sozialwucher rechtlich, logisch und moralisch verdammentwerter als heute, nie eine wirtschaftsdemokratische, gemeinnützige Produktionsorganisation notwendiger als gegenwärtig.

Im fünften Abschnitt der Weimarer Reichsverfassung heißt es: „Wucher ist verboten.“ Diese drei den Vertretern des Kapitalismus unangenehmen Worte bekämpft der nationalsozialistische Mob. Sie wollen die Farben Schwarzrotgold durch Schwarzweißrot ersetzen, um schreiben zu können: „Wucher ist unbegrenzt erlaubt.“ Gegen diesen Rückschritt in finstere Zeiten der proletarischen Rechtslosigkeit kämpfen wir als Gewerkschafter entschieden an. Nur der Geist des Werkes von Weimar führt uns zu einem von Glend freien sozialen Gemeinschaftsleben ohne Wucher und Ausbeutung der Schwachen! Trotzallem!

Christian Silberhell.

## Einschränkung der Arbeitslosigkeit

Die 16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz, die in diesem Jahre schon im April stattfindet, wird u. a. über Mittel zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beraten, und es ist wahrscheinlich, daß dabei die Frage der Arbeitsbeschaffung im Vordergrund des Interesses stehen wird. Diesbezügliche Vorschläge wurden auf Veranlassung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts bereits im vorigen Jahre dem Europa-Ausschuß des Völkerbundes unterbreitet. Sie gingen dahin, daß die Regierungen der Staaten sich durch Vermittlung des Völkerbundes über die Ausführung öffentlicher Arbeiten von internationalem Interesse verständigen jollen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Internationalen Arbeitsamts umfaßt hauptsächlich die Anlage eines ausgedehnten internationalen Straßennetzes, das die Zunahme des Kraftwagenverkehrs erforderlich macht; den Ausbau der Binnenwasserstraßen; die Europäisierung der Elektrizitätswirtschaft sowie die Einführung des Systems der automatischen Kupplung auf sämtlichen Eisenbahnen Europas an Stelle der jetzt gebräuchlichen Schraubenkupplung. Der Europa-Ausschuß fand die Vorschläge beachtenswert und legte im Herbst 1931 der Völkerbundversammlung einen darauf bezüglichen Entwurf einer Entschließung vor, die auch angenommen wurde. Sie wünscht, daß die gemachten Vorschläge von einem Untersuchungsausschuß der Verkehrsorganisation des Völkerbundes, unter Mitwirkung von Vertretern des Internationalen Arbeitsamts, hinsichtlich der Möglichkeit ihrer Durchführung geprüft werden jollen. Der Ausschuß sandte bald darauf ein Rundschreiben an die Regierungen, mit dem sie aufgefordert wurden, bestimmte Vorschläge über die Ausführung öffentlicher Arbeiten zu machen. Angaben sollen auch über die Mittel zur Finanzierung dieser Arbeiten gemacht werden.

Antworten auf das Rundschreiben gingen aus einer größeren Zahl von Ländern ein, doch hat der Ausschuß, dessen Vorsitzender Generaldirektor Dormmüller ist, weitere Arbeiten noch nicht geleistet.

Es ist bedauerlich, daß der Völkerbund in der Frage der Wiederbelebung der Wirtschaft durch Ausführung öffentlicher Arbeiten in großem Maßstab eine derartige Passivität bekundet. Hoffentlich sorgt die Internationale Arbeitskonferenz dafür, daß dieser Gedanke nicht in den Hintergrund gedrängt wird.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat außerdem — nach vorausgegangenen langwierigen Beratungen — auf seiner jüngsten Tagung in Form einer Entschließung Richtlinien für die Einschränkung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit aufgestellt, denen selbst ein Teil

## Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

der Arbeitgebervertreter zustimmte. Die Richtlinien sind bestimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierungen in den verschiedenen Staaten zu einem möglichst einheitlichen Vorgehen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung während der Dauer der Wirtschaftskrise zu veranlassen.

Die Entschließung betont einleitend, daß die Lösung der Krise von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Maßnahmen abhängt, die zu ergreifen nicht in dem Bereich der Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation fällt. Der Ausschuß empfiehlt aber den Regierungen, alles zu tun, was möglich ist, um Beschäftigung zu schaffen; besonders soll die internationale Aktion zugunsten der Ausführung öffentlicher Arbeiten energisch fortgesetzt werden. Außerdem werden folgende Vorschläge gemacht:

In allen Fällen, wo es die technischen Verhältnisse, die Zusammenfassung des Personals und die Stellung der einzelnen Arbeitnehmer im Betrieb zulassen, soll zur Vermeidung von Entlassungen die Arbeitszeit des gesamten Personals verkürzt werden. Die Arbeitsverkürzung kann auch durch Einführung des Krümpersystems stattfinden. Vorbehaltlich der technischen und finanziellen Durchführbarkeit soll der Grundsatz gelten, zeitweilig die Dauer der Arbeitszeit auch in jenen Betrieben zu verkürzen, die gegenwärtig noch normal arbeiten, um die Einstellung von Arbeitslosen zu gestatten. Während der Dauer der Krise soll die Arbeitszeit der einzelnen Arbeitnehmer etwa 40 Stunden wöchentlich betragen; jofern die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, soll die wöchentliche Arbeitszeit auf 5 Tage verteilt werden.

In der Entschließung wird darauf hingewiesen, daß in manchen Ländern der Lohnausfall infolge zeitweiser Verkürzung der Arbeitsdauer mindestens teilweise ausgeglichen wurde und daß dieser Ausgleich durch Verminderung der Soziallasten, welche die Wiederbeschäftigung Arbeitsloser ermöglicht, erleichtert wurde. Durch Gesetz könne ferner verfügt werden, daß die Ansprüche auf Leistungen der Sozialversicherung, auf Ruhegehälter usw. jofolge der Kurzarbeit während der Dauer der Krise nicht beeinträchtigt werden.

Bezüglich des Krümpersystems wird in den Richtlinien des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts gefagt, daß in manchen Ländern die Auswechslung eines Teils der Belegschaften damit erleichtert wurde, daß man den vorübergehend arbeitslos werdenden Personen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung gab. (In Deutschland enthält die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 eine einschlägige Bestimmung.) Mit der Empfehlung dieses Systems der Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit scheint der Verwaltungsrat einen Mißgriff gemacht zu haben, denn seine Einführung in größerem Umfang könnte sehr leicht zu Unzufriedenheit bei den Arbeitnehmern Anlaß geben.

Es ist noch nicht abzusehen, in welchem Bereiche die auf Verkürzung der Arbeitszeit abzielenden Vorschläge des Internationalen Arbeitsamts in der Praxis Beachtung finden werden. Bisher haben die Regierungen wenig in dieser Richtung getan. In der Tschechoslowakei hat der Sozialminister Dr. Cech einen Gesetzesentwurf zur Einführung der 40-Stunden-Woche eingebracht. In Oesterreich wurde eine Erhebung über die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt. Auf Grund der Ergebnisse der Erhebung will die Regierung zu der Frage Stellung nehmen. In Deutschland ist die Reichsregierung auf Grund der Notverordnung vom Juni 1931 ermächtigt, für einzelne Gewerbe oder Gewerbegebiete die regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden in der Woche herabzusetzen. Von dieser Ermächtigung wurde bekanntlich nur in sehr bescheidenem Maße Gebrauch gemacht.

## Die Lebenshaltungskosten folgen den Löhnen nicht

Nunmehr ist eine genaue Uebersicht über die Senkung von Preisen und Löhnen durch die Notverordnung möglich. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts betrug die Lohnsenkung vom 1. Dezember 1931 bis Anfang Januar 1932 für Facharbeiter 9,1, für Angelernte 10,2, Hilfsarbeiter 9,3, weibliche Facharbeiter 11,4 und für Hilfsarbeiterinnen 11,3 v. H. Die Lohnsätze lagen nicht durchweg auf den Sätzen von 1927. Meistens lagen sie höher und in einzelnen Fällen niedriger. Im Durchschnitt aller erfahrenen Gewerbe stellen sich die Tariffsätze vom 1. Januar 1932 für Facharbeiter um 2,7 v. H., für Hilfsarbeiter um 3,1 v. H. höher als die für den 10. Januar 1927 ermittelten. Soweit die Löhne. Nach dem Versprechen der Regierung sollte eine Senkung der Preise mindestens in dem gleichen Maße eintreten. Die Lebenshaltungskosten können hier als Spiegelbild der Preisentwicklung gelten. Die Lebenshaltungskosten weisen im Durchschnitt des Monats Januar mit 124,5 einen um 4,5 niedrigeren Stand als im Durchschnitt des Dezember 1931 auf. Nimmt man die Senkung der Löhne um rund 10 v. H. an, so ist die Lohnsenkung in dem doppelten Ausmaß gegenüber der Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten. Das ist das Fazit der großen Abkantung der Löhne und Preise. Der Lebensstandard der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde dadurch nicht unwesentlich verschlechtert. Daß die Preise seit der oben angezogenen Berechnung weiter im nennenswerten Maße nachgegeben haben jollen, wagen wir zu bezweifeln. In der Zeit vom 3. bis 10. Februar hat der Großhandelsindex sogar eine Steigerung um 0,3 v. H. erfahren. Gestiegen sind alle Sorten Nahrungsmittel, insbesondere Vieh und Vieherzeugnisse. Namentlich ist die Butter infolge der Zollmaßnahmen in spürbarer Weise in die Höhe gegangen. Die schiffalhafte Verbundenheit von Preisen und Löhnen nach den Worten des Reichskanzlers zeigt sich in einem eigenümlichen Licht.

## Der lebendige Goethe

Eine Entfernung von 100 Jahren verführt sehr leicht dazu, eine Größe klein erscheinen zu lassen. Zugleich aber adelt die Ferne, sie gibt dem Bild am Horizont etwas von dem Schimmer der Unendlichkeit. Die hundert Jahre seit dem Tode Goethes zählen doppelt. Goethe war schon im letzten Drittel seines Lebens eine geschichtliche Persönlichkeit geworden, die ihre Kräfte kaum noch auf der Erde, Stirn und Augen bereits in den Wolken der Ewigkeit hatte, und dann sind in diesen hundert Jahren zwischen dem 22. März 1832 und unserer Gegenwart mehr Dinge geschehen als zuvor im zwiefachen Zeitmaß. Die Versuchung, Goethe und seine Bedeutung für uns klein erscheinen zu lassen, ist also nicht gering, und nicht minder klein ist die durch das „Goethejahr“ mit allen seinen papieren und schallenden Ehrungen vergrößerte Gefahr, das ferne Bild vom Leben und Schaffen dieses Menschen zu einem Symbol zu machen, vor dem Altäre aufgebaut und Opferfeuer angezündet werden können.

Symbole erhalten Wert und Wirksamkeit durch die Auslegung, die ihnen gegeben wird. Das Symbol Goethe hat zu jeder Zeit und Gelegenheit eine vielfache Auslegung gefunden. Ein so langes Leben, angefüllt von einem unerlöschlichen Schaffen, bewegt von Leidenschaft und Laune, in dem es eine Achse gab, um die sich alles drehte — das eigene Ja, das Gefühl, mit allem Sichtbaren und Unsichtbaren in dauernder Zwiesprache zu stehen — ein solches Leben und ein solches Lebenswerk ist wahrhaft ein Symbol mit einem trefflich breiten Rücken: da ist Platz für Deutungen und Auslegungen, und die ganze Welt voller Widersprüche findet sich, und sei es in etlichen Zeilen, befestigt.

Die Widersprüche im Dasein und im Werk Goethes sind nicht genug erklärt mit dem Hinweis auf die Wandlungen, denen ein langes Menschenleben unterworfen ist. Das in jedem wirkende Gesetz des Lebens, errichtet auf dem, was wir von unseren Vätern ererbt haben und das wir nicht erit erwerben müssen, um es zu besitzen, dieses Gesetz bestimmt Denken und Tun eines Menschen nicht allein. Eine nicht minder diktatorische Macht üben alle die Verhältnisse aus, in die wir „hineingeboren“ sind, mögen sie direkt in unser Privatleben eingreifen oder als „Umwelt“ in weitem Kreise uns umgeben.

Als der junge Goethe heranwuchs, bereitete sich das Bürgertum auf die Eroberung der politischen Macht vor. Das französische, nicht das deutsche. In Deutschland, das es damals nur in den Köpfen einiger „Phantasten und Landesverräter“ gab, fehlten die Vor-

auslegungen für eine soziale Revolution, wie sie sich westlich des Rheins ankündigte. Die Kleinstaaterei von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt, die Grenzpfähle von etlichen Duzend deutscher Vaterländer bremsen nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sie verhindern auch die Bildung einer größeren Ideenwelt. Während die Intellektuellen des französischen Bürgerturns das theoretische Rüstzeug für die revolutionären Entscheidungsschlacht schmiedeten, gingen die deutschen Philosophen und Dichter als Gehaltsempfänger an die Höfe ihrer Fürstentümer, ohnmächtig gegenüber den Launen und der Mißwirtschaft, und noch dazu gezwungen, diesen größtenteils albernem Plutokratien politische Vorbeerkranze aufzusetzen. Die meisten dieser beamteten Dichter und Denker zogen sich wie der seltsame Münchhausen an den Jöpfen aus der gemeinen „in die überjchwengliche Wätere“: sie flüchteten in die „heiteren Regionen, wo die reinen Formen wohnen“, in die jollstrankenfreie Ideenwelt über den Wolken, in das aus historichen und ästhetischen Irrtümern errichtete Traumland eines Dichters, der besöflet war von den Göttern und Helben der Antike. Die erbärmlichen irdischen Zustände lösten die Flucht der Geister in den siebenten Himmel der klassischen Erhabenheit aus.

Mit 26 Jahren wurde Goethe auf den Hof von Weimar geholt. Der junge Herzog wurde der Wäzen des bereits berühmten Vorfatters des „Gök von Berlichingen“ und der „Leiden des jungen Werther“. In der ersten Zeit bekamen die hunderttausend Einwohner des Ländchens wenig Gelegenheit, von Goethe mehr zu sehen als einen tollen Kumpan der Flegeljahre ihres Landesvaters. Der junge Bürgerjahn aus Frankfurt machte das schamlose Luderleben, mit dem sich die oberen Jendhuden auf Kosten der ausgepöwerteten Steuerzahler die Zeit vertrieben, eine ganze Weile mit. Er sang das Lob des Fürsten, dessen Brot er aß, und nur im intimsten Kreise, und auch dann noch sehr vorsichtig, gab er seiner besseren Erkenntnis eine Zunge: „Mich wundert nun gar nicht mehr, daß Fürsten meist so toll, dumm und albern sind...“

Es gelang Goethe, bis zum Kammerpräsidenten aufzurücken. Mit zunehmendem Alter bemühte er sich, im Lande etwas Ordnung zu schaffen. Aber alles, was er zu tun vermochte, war Fildwert. Von den fatalistisch dahinlebenden Bauern rings um Weimar und von den Hungerjreitern der Weber von Apolda flüchtete er in die „edle Einsamkeit und stille Größe“ der Antike. Er schreibt seine „Iphigenie“, dieses Wunderwerk der klassischen dramatischen Kunst, dieses Idealbild einer überirdischen Reinheit und Sitte, dieses marmorede, marmorfalte Spiel, in dem keine Menschen auftreten, sondern nur Ideen.

Die Reise nach Italien vergrößerte den Abstand zwischen Goethe und Weimar und den Ereignissen der Zeit. Als er zurückkam, ließ er sich von fast allen Regierungsgeschäften entbinden. Gemessen an der übermenschlichen Harmonie seines olympischen Herzogtums, erschien ihm alles, was um ihn herum vorging, klein und trübsüchtig. Das hinderte ihn aber nicht daran, seine eigene Existenz fester zu begründen und mit einem hohen Jaun zu umgeben. Schiller, der während Goethes römischen Aufenthalt in Weimar Fuß gefaßt hatte und beliebt geworden war, bekam das zu spüren. Er wurde nach Jena „verjagt“, wo er eine Weile ohne Bezahlung, später für ein Bettelgeld an der Universität arbeiten mußte. Erst Jahre später fanden Goethe und Schiller zueinander das Verhältnis, das dann in dem bronzenen Doppelstandbild vor dem Nationaltheater in Weimar verewigt wurde.

Zeitweilig widmete sich Goethe mehr den Wissenschaften als den Künsten. Er sah, wie sich die Menge mehr den nach seiner Meinung „haotischen“ Romantikern zuwandte als seinen gedankenvollen Verjen, die einer höheren und reinen Ordnung zuliebe geschrieben worden waren. Die zünftlerischen Gelehrten spotteten über seine wissenschaftlichen Verjuche, aber der „Dilettant“ Goethe übertrumpfte sie gerade infolge seiner Gabe, intuitiv Zusammenhänge zu ahnen und zu finden. Das Verlangen nach Harmonie war ihm auch bei seiner wissenschaftlichen Arbeit Anlaß und Ziel.

So wenig die große französische Revolution ihn berührt hatte, so geringes Interesse er den ersten kriegerischen Bewegungen des modernen Imperialismus entgegenbrachte — als er mit Napoleon I. in Erfurt zusammentraf, bewahrte er die Ueberlegenheit des in anderen Regionen Lebenden — so wenig brachten ihn die Niederlagen bei Jena und Auerstädt und die Siege bei Leipzig und Waterloo in Wallung. Was die Masse auch anstellte, er blieb ihren Worten und Taten gegenüber kühl und gleichgültig. Manchmal freilich war die geniale Schau in ihm stärker als sein vorgefaßtes Uebermenschenentum. Sein prophetisches Wort angefaßt der revolutionären französischen Armee, die bei Balmu ihren ersten Sieg erfocht, — „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen!“ ist keine gut erfundene Anekdote. Und im Alter begriff er sehr wohl und sprach es im zweiten Teil seiner Faust-Tragödie mit großer Eindringlichkeit aus, daß der einzelne Mensch nur denkbar ist in der Gemeinschaft, und daß es nur eine Harmonie gibt: die soziale Gerechtigkeit.

Zu dieser Erkenntnis, die ihn bereits hineinschauend läßt in das Jahrhundert, das vom Kampf um die soziale Gerechtigkeit erfüllt

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich scheitern,  
Widersteh nicht mit hohem Mut,  
Schweig und schaffe was schön und gut,  
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

# Aus dem Verband für den Verband

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,  
Der Mäuge geht mit ihr auf allen Wegen,  
Der Schlaukopf beutet sie gehörig aus,  
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

## Hört! Hört!

I.

Heute hab' ich endlich wieder Arbeit bekommen, die Freude darüber hat mir fast den Atem genommen. Mein erster Gedanke war: Was wird wohl sie dazu sagen, die alle Entbehrungen geduldig getragen? Die mich immer beruhigte mit streichelnder Hand, wenn Mut und Hoffnung in den vielen Tagen und Wochen schwand. Denn beinahe drei Jahre schon suchte ich, immer vergebens; das war bisher die schwerste Zeit meines Lebens. Nun stehe ich vor dem lieben, verhärmteten Gesicht und schreie: „Ich habe Arbeit!“ Zu mehr Worten langte es nicht. Sie, meine Frau, hat mir nur stumm, aber fest die Hand gedrückt, weil Freudentränen auch bei ihr jeden Laut ersticht.

## Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende Februar 1932

Die Zählung umfaßt 719 Zahlstellen mit 43 532 Mitgliedern. 5 Zahlstellen mit 870 Mitgliedern konnten nicht erfasst werden. Es wurden 37 947 arbeitslose Mitglieder ermittelt, das sind 87,2 Prozent der von der Zählung erfassten Kollegen. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 89,1 Prozent.

Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Gemeldete Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	v. H.	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	31 101	26 301	84,6	88,0
Steinseher	12 431	11 646	93,7	91,8

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt		Steinarbeiter		Steinseher	
	Febr. v. H.	Jan. v. H.	Febr. v. H.	Jan. v. H.	Febr. v. H.	Jan. v. H.
Ostpreußen	94,8	95,6	88,5	92,4	97,5	97,4
Westfalen	92,5	90,1	84,1	82,9	98,5	96,1
Sachsen	91,3	92,8	89,9	91,8	97,0	96,5
Pommern	91,0	92,6	70,2	80,9	96,4	95,6
Rheinland	91,0	90,9	90,1	90,4	95,5	93,4
Mitteldeutschland	91,0	88,9	87,4	85,8	95,2	92,6
Brandenburg	88,5	88,2	80,9	81,1	92,1	92,0
Niedersachsen	88,4	86,4	87,3	89,4	89,7	83,1
Sachsen	85,8	92,3	85,5	92,7	88,5	88,8
Hessen	85,5	90,2	82,3	89,3	96,9	93,5
Südwestdeutschland	85,4	88,8	85,2	88,6	100,0	100,0
Nordmark	85,0	84,1	73,3	77,0	90,2	87,2
Bayern	78,7	80,8	77,3	79,5	95,0	96,6
Reichsgebiet	87,2	89,1	84,6	88,0	93,7	91,8

1931	75,3	76,6
1930	59,0	58,4
1929	76,6	58,7
1928	16,8	20,5

Im großen und ganzen ist die Arbeitslosigkeit zum Stillstand gekommen. Die Gesamtziffer weist sogar einen geringen Rückgang gegen den Vormonat aus. Die Gesamtarbeitslosigkeit sank von 89,1 auf 87,2 Prozent. In der Hauptfrage erstreckt sich die geringe Besserung auf die Steinarbeitergruppe (nur die Bezirke Mitteldeutschland und Westfalen hatten noch eine Zunahme der Arbeitslosenziffern zu verzeichnen). Umgekehrt liegen die Verhältnisse in der Steinsehergruppe, die mit Ausnahme der Bezirke Sachsen und Bayern noch eine zunehmende Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen mußte.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wäre allgemein und größer gewesen, wenn nicht in der 2. Hälfte des Februar der Frost erneut eingeleitet hätte und manche beschäftigte Inbetriebsetzung noch hinausgeschoben und manche begonnene Arbeit wieder unterbrochen worden wäre. Einige Meldungen über Betriebsaufnahmen gingen kurz vor Redaktionsschluss ein, auch ist zu erwarten, daß sich die allseitigen Bemühungen um Arbeitsbeschaffung für die Steinindustrie und den Steinstrassenbau allmählich erfolgreich auswirken werden.

## Paul Wittig †

Der Verstorbene war vom Januar 1927 bis kurz vor Jahreschluss 1931 als Bezirksleiter im Elbsandsteingebiet (Dresden—Pirna) tätig. Beschwerden der Berufskrankheit, schwere Staublungung, hinderten ihn schon seit längerem zur vollen Entfaltung seiner An-

ist, arbeitete sich Goethe erst im späten Alter und mühsam durch. Er spricht sie auch dann nicht aus wie ein Mensch, der die Verpflichtung fühlt, die neue Erkenntnis programmatisch zu verkünden. Sie kommt ihm beinahe unbedacht über die Lippen, wie eine Notwendigkeit, die sich nach diesem faustischen Leben, das ein langes Suchen nach dem Sinn des Daseins war, von selbst ergibt.

Die Faust-Dichtung begleitete ihn durch sein ganzes Leben. Alles, was er sonst noch schrieb, ist im wesentlichen in ihr enthalten, warf zum mindesten einen Widerschein in dieses Werk. In vielen Jahrhunderten und Kulturen läßt Goethe seinen Faust nach einem Sinn des Daseins suchen, und bis zuletzt folgt dem suchenden Geist sein zweites Ich, von dem nicht immer gelagt werden kann, daß es in jedem Falle den „teuflichen“ Teil der menschlichen Seele darstellt. Faust muß kurz vor seinem Tod erblinden, um „der Weisheit letzten Schluss“ zu finden. Er „sieht“ die letzte Harmonie, das Ziel seines Suchens, als die Synthese all dessen, was er „zu sehen geboren, zu schauen bestellt, in sich aufgespeichert hatte.“

Goethes Leben und Schaffen ist dadurch so groß und von so weitwirkender Kraft, daß er alles, auch das Kleinste, in Beziehung setzte zu einem großen Umfassenden. Er sah im Diktieren bereits den großen fruchtbarsten Garten, im Wassertropfen den gewaltig und breit in das Meer mündenden Strom. In zwei Zeilen vermochte er den Inhalt eines ganzen Weltgeschehens anzudeuten, ohne dabei große Worte zu machen. Er gehörte nicht zu jenen, die mit gefurchter Stirn in die dunklen Geheimnisse des Daseins hinabblinden. Goethe war ein fröhlicher Denker, er lebte gern, und er nahm und gab mit frohen, großen Augen. Das zieht die Menschheit immer wieder zu ihm hin, das verbindet ihn, der aus seinem Jahrhundert in die Mission einer schönen Vergangenheit flüchtete, mit den kommenden Generationen:

„Weite Welt und breites Leben,  
langer Jahre redlich Streben,  
stets geforscht und stets gegründet,  
nie geschloffen, oft geründet,  
Weltliches bewahrt mit Treue,  
freundlich aufgefaßtes Neue,  
heiteren Sinn und reine Zwecke —  
nun, man kommt wohl eine Strecke.“

Erich Knauf.

gestellten Tätigkeit. Der Verbandsvorstand hatte deshalb im Einverständnis mit dem Bezirk dem jetzt Verstorbenen den Rücktritt nahegelegt. Das Angestelltenverhältnis bestand offiziell bis zum 29. Februar, obgleich er bereits seit über 6 Monaten arbeitsunfähig krank war und voraussichtlich auch nicht wieder gesund würde. Nun wurde Kollege Wittig am 10. März 1932, 57 Jahre alt, von seinem Leiden erlöst. Innerhalb 7 Jahre ist mit Paul Wittig der dritte Bezirksleiter des Elbsandsteingebietes an den Folgen des früheren Berufs als Sandsteinschleifer gestorben (1925 Kollege Rich. Seidel, 1926 Kollege A. Schleifer). Die Eingliederung Wittigs fand am 15. März statt. Die zahlreich erschienenen Kollegen nahmen Abschied von ihm, der sie 4 Jahre als Angestellter betreut hat. Wenn sie auch manches an ihm auszusetzen hatten, so hat er dennoch gegeben, was seine Kraft vermochte, darum ist dem Verstorbenen ein Gebeten sicher. Die Berufskrankheit räumt unter den älteren Kollegen des Elbsandsteingebietes unerbittlich auf; einer nach dem andern wird abberufen, deshalb ging auch mancher der Leidtragenden wehmütig den Weg heimwärts. Ja, „Steineloopen macht müde.“

Freige Verleumder! In eigener Sache hat der Gauleiter Kollege X. Senf den Parteizeitungen seines Bezirks nachstehendes übermittelt:

„In letzter Zeit scheine ich mir den besonderen Haß der Kapedisten zugezogen zu haben, worüber ich alles andere, nur kein Bedauern empfinde.“

Verleumdungen, Lügen und Verdrehungen und nicht zuletzt körperliche Drohungen sind seit Jahren gegen mich angewandt worden, ohne daß ich darauf, abgesehen von gelegentlichen Widerlegungen, reagiert habe. Hieron weiche ich mit diesen Zeilen nur ab, um die ganze moralische Minderwertigkeit dieser Verleumder aufzuzeigen.

Vor einigen Wochen schrieb man, ich hätte in einer in Ströbel abgehaltenen Versammlung erklärt, daß die Gewerkschaften jetzt auf Lohnkämpfe verzichten müßten, um den Staat schützen zu können. Hieran wurde die Aufforderung an die Steinarbeiter geknüpft, gegen die Lohnraubpolitik der Gewerkschaften zu kämpfen. Der Schreiber dieses verlogenen Berichtes war mir bekannt. Ich nahm Gelegenheit, in einer zweiten Versammlung diesem seine erbärmliche Lügenhaftigkeit vorzuwerfen.

Daraufhin stotterte dieser radikale Held zur Entschuldigung hervor, „daß er nichts dafür könne, wenn die Redaktion der Schleifstein Arbeiter-Zeitung aus seinem Bericht etwas ganz anderes mache.“

Er rückte also rund und nett von seinen Genossen der Lügen-Schmiede ab. Mehr kann man von einem Helden nicht verlangen, die Sache wurde damit als erledigt gehalten. Daß nun aber dieser Feigling in einem Bericht über diese Versammlung die in jämmerlichster Form anderen zugeschobene Verleumdung nochmals wiederholt, geht denn doch etwas über das Unerträgliche hinaus.

Auf gleicher Stufe steht dessen Unterstellung, ich hätte für die jugendlichen Arbeiter den Militarismus gefordert. In Wirklichkeit habe ich erklärt, daß es sicher gut wäre, die Jungen würden die uns als Soldaten zuteil gewordene entwürdigende und brutale Behandlung aus eigener Erfahrung kennenlernen, um hieraus ersehen und lernen zu können, daß es alles einzusetzen gilt, dieses System nicht wiederkehren zu lassen.

Wer aus solchen Ausführungen folgert, daß ich für den Militarismus trommele, ist geistig beschränkt oder Verleumder. In diesem Falle trifft letzteres zu.

Dieser verlogene Berichterstatter erklärte in einer kommunistischen Versammlung, daß in der „Eisernen Front“ auch ein Reimann sei, der sich als Kassierer des Steinarbeiterverbandes schon mehrmals 300 bis 500 Mark von einem Fleischermeister geborgt habe, damit die Abrechnung gestimmt hätte.

Ich ging dem Fall nach und stellte die völlige Unwahrheit der Anschuldigung fest. Der Verleumder versuchte wieder feige zu kniefen und bietet einen gewundenen, echt kommunistisch gehaltenen Widerwurf, sowie eine Warnung vor Weiterverbreitung an. Die Folge wird ihn aber lehren, daß man für so bewußte und gemeine Ehrabschneidung eins auf die Lügenlappe bekommt.

Nachdem dieser Lügner noch für die RGD zu werden versucht, wird er in kürzester Zeit seine ohnedies durch Beitragsrückstände schon verlorene Mitgliedschaft im Verbandsausgespielt haben.

Die Steinarbeiter von Ströbel sowie in den übrigen Orten Sachsens, von wo mir Anfragen zugehen, werden erkennen, daß notorisch verdröhnende und verleumdende Aufschollegen weder moralisch noch sonstwie geeignet sein können, Arbeiterinteressen zu vertreten. Solche Subjekte sind nur als Berichterstatter der kommunistischen Lügenpresse denkbar und wohl auch geeignet.

Das Niveau der RGD-Pressen entspricht völlig der Moral ihrer Berichterstatter à la Steiner, Ströbel.“

Noch einmal Grabmal und Fabrikware. „Der Artikel in Beilage Nr. 9 — schreibt uns der Kollege Johann Moser (München) — erfordert unbedingt eine Klarstellung, besonders weil darin Aussagen vertreten werden, die auf München und damit sicher auch auf andere Großstädte nicht zutreffen. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß zu dem sozialdemokratischen Antrag die ungenügende Arbeitslosigkeit Anlaß war (95 Prozent). Daß unter solchen Umständen alles angewendet werden muß, irgendwie Arbeit zu beschaffen, ist verständlich. Wenn deshalb versucht wird, Einfluß auf die Gestaltung unserer Friedhofsordnung zu bekommen, ist dies unsere Pflicht. Daß die Anfertigung von Werkstücken, also von Grabdenkmälern nur in den Bezugsgebieten vorgenommen werden kann, entspricht nicht den Tatsachen. Unsere Münchener Betriebe sind so eingerichtet, daß alle vorkommenden Arbeiten im Steinmetzgewerbe, also auch alle Grabsteinarbeiten ausgeführt werden können. Davon, daß für die Grabsteingeschäfte nur die Ausstellung und Beschriftung von Denkmälern in Betracht käme, kann keine Rede sein. Im übrigen zeigt das Vorgehen in München, daß wir bestrebt sind, für unser Gewerbe das Bestmögliche zu tun, um Arbeit zu beschaffen. Unseren Kollegen ist nicht damit gedient, wenn waggonweise Steine verkauft werden, die in der Hauptsache von Maschinen angefertigt werden. Wir brauchen Handarbeit, um existieren zu können. Das Bestreben, eine Reichsfriedhofsordnung zu schaffen, kann nur unterstützt werden.“

Anmerkung der Redaktion: Dieser „Klarstellung“ hätte es wohl kaum bedurft, denn in dem betreffenden Artikel wird nichts gesagt, was irgendwie die Münchener und andere großstädtische Steinmetzen sachlich und beruhslich zurückstellen könnte. Tatsache ist die leider erschreckende Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie in Stadt und Land, worunter alle Verbandsmitglieder sehr leiden. Ob man aber der Steinarbeit überhaupt dient, wenn die Zuleitung aus den Steinbruchsgebieten unterbunden werden soll, wie das die Münchener Bestrebungen glattweg wollen, ist ganz bestimmt zu verneinen. Das und nichts anderes hat der Artikel in Nr. 9 betont, ohne irgendeinen Stachel gegen großstädtische Steinmetz- und Grabsteinbetriebe.

Die Meinungen über Lieferungen aus den Steinbruchsgebieten in die Großstädte waren immer sehr geteilt, der Streit ist so alt, wie die Steinbruchsbetriebe sind, die Fertigarwaren liefern. Bei anhaltender Arbeitslosigkeit und dem Daniederliegen der allgemeinen Naturverwendung muß das ganz natürlich wieder schärfer hervortreten, ohne jedoch an dem Zustand etwas ändern zu können. Wir haben als Gewerkschaft der Steinarbeiter auch durchaus keine Veranlassung und können auch die Zuleitung aus den Bezugsgebieten in die Städte nicht unterbinden, dafür sprachen schon früher und sprechen auch heute noch ganz andere Momente mit, auf die wir als Gewerkschaft sowieso gar keinen Einfluß ausüben können. Uebersehen dürfen wir natürlich ebenfalls nicht, daß die Kollegen in den Steinbruchsgebieten ebenso unsere Verbandsmitglieder sind, wie jene in den Großstädten. Daß nun die städtischen Kollegen sich in

den Friedhofscommissionen oder sonstigen Instanzen gewisse Arbeiten in gewissen Grenzen zu sichern suchen, ist selbstverständlich Erhaltungsgeschäft, und niemand wird ihnen das verübeln können. Aber die Behauptung in der vorstehenden „Klarstellung“ mit den „Maschinen“ und „waggonweise Steine“ ist unangebracht und trifft nicht das Richtige, ist übrigens ein altes Argument der sogenannten Friedhofs-Reformer, die glauben, nur allein von Friedhofskunst etwas zu verstehen. Die maschinelle Entwicklung geht nicht rückwärts, und Abwehrmauern können ebenfalls nicht um die Großstädte gezogen werden.

Staublungung und Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, Sektion VII, Dresden. Im „Steinarbeiter“ Nr. 2 vom 9. Januar 1932 wird in einem Artikel über Rentenverfahren, Gutachten und Jahresverdienst darauf hingewiesen, daß die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes bei den an schwerer Staublungenerkrankung leidenden Kollegen nach der jetzigen Berechnung für diese eine große Schädigung bedeute, und wird verlangt, daß für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes der Jahresarbeitsdurchschnittsverdienst eines gesunden Arbeiters der gleichen Branche, der im Jahr vor dem Unfall erzielt wurde, zur Anrechnung kommt. Daß diese Forderung berechtigt ist, wird jeder Kollege zugeben müssen. Es sind in dieser Frage schon eine Anzahl Beschwerden eingegangen, die gegen die Festsetzung des niedrigen Verdienstes protestieren. Der Zweck des Artikels sollte sein, die Berufsgenossenschaften auf die Ungerechtigkeiten hinzuweisen, und wer den Artikel gelesen hat, wird ihn auch so verstehen. Doch im entgegen gesetzten Sinne legt die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, Sektion VII, Dresden, den Artikel aus. In zwei Rentenverfahren beruft sie sich auf den Artikel und nimmt einfach bei Berechnung des Jahresverdienstes den Verdienst an, den der Verletzte 4 Jahre vor dem Unfall erzielt hat. Daß 1924 die Löhne bedeutend niedriger waren als 1928/29, weiß jeder vernünftige Mensch.

Wie groß der Unterschied bei der Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes ist, zeigt eine Entscheidung des Oberverwaltungsamtes Dresden, die den Jahresverdienst von 2192,40 Mark auf 3606 Mark erhöhte. Es ist uns einfach unverständlich, wie die Berufsgenossenschaft dazu kommt, unseren Artikel in diesem Sinne auszuliegen; denn diese ihre Auslegung bedeutet eine ziemliche Verschlechterung der Renten der Unfallverletzten. Maßgebend sind bis heute noch die Bestimmungen der Verordnung vom 11. 2. 1929 und die Reichsversicherungsordnung. Wir können erwarten, daß die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft in den Artikel, der sich auf die Praxis stützt, nichts anderes hineinlegt, als er tatsächlich lautet. Damit würde der in der jetzigen Berechnung liegenden Ungerechtigkeit endlich ein Ende bereitet.

Cunewalde. Trotzdem sich die Weltwirtschaftskrise im Bereiche der Fabrikwelt ganz besonders auswirkt, feierte diese dennoch am 21. Februar in würdiger Weise das 25jährige Bestehen. Die Kollegen und deren Angehörige wie die befreundeten Organisationen am Orte, bei denen zum übergroßen Teil die farge Unterstützung das alleinige Einkommen bildet, waren vollzählig erschienen, so daß der geräumige Saal in der „blauen Kugel“ bis zum letzten Platz besetzt war. Der Vorsitzende, Kollege Bürgel, teilte in seiner Begrüßung mit, daß auf Grund der Krise die Feier nicht nach dem ursprünglichen Plan stattfinden, sondern den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen müsse. Die Ausschmückung des Programms hatten die Arbeiterjünger und Turnerinnen sowie Turner und Radfahrer übernommen. Für ihre erfrischenden und exakten Leistungen wurde ihnen durch reichen Beifall gedankt. Dasselbe soll an dieser Stelle nochmals geschehen. Der vom Verbandsvorstand ersahene Kollege Neumann gedachte in kurzen Worten den Gründern der Zahlstelle und zog mit der damaligen und der gegenwärtigen Zeit Vergleiche. Das Wirken und Kämpfen der alten Kollegen soll ganz besonders die Jugend zum Nachdenken anspornen. Die Ehrung der Jubilare wurde mit Uebermitteln der Geschenke vom Verband vorgenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Jubilare sowie der gesamten freigewerkschaftlichen Arbeitergemeinschaft, in das die Anwesenden begeistert einstimmten, fand die offizielle Feier ihren Schluß. — In dem nachfolgenden geselligen Teil zeigten die Kollegen und deren Angehörige eine beispiellose Ausdauer und guten Humor. Allen Teilnehmern wird diese so gut gelungene Veranstaltung noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben.

Stettin. Generalversammlung der Steinseher am 14. Februar. Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten, Abrechnung vom vierten Quartal 1931. 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes. Als neuer Gauleiter wurde uns vom Vorsitzenden der Kollege Nitsche vorgeschlagen und begrüßt. Darauf erfolgte Protokollverlesung, dessen Form und Fassung anerkannt wurde. Da der Kassierer, Kollege H. Maun, nicht anwesend war, gab der Kollege Schwenke bekannt, daß Verbandsgebühren von Maun zu privaten Zwecken verbraucht worden wären, ohne die Vorstandsmitglieder oder die Versammlung um Erlaubnis zu fragen. Ueber diesen Punkt fand eine ausgedehnte Aussprache statt. Der Gauleiter, Kollege Nitsche, wunderte sich, da Stettin am Aufbau des Verbandes stark mitgeholfen hat, jetzt eine schlechte Wirtschaft in Stettin anzutreffen. Mit erklärenden Worten schilderte Nitsche die örtlichen Verhältnisse und betonte, daß er mithelfen wolle, die Stettiner Filiale wieder in gerade Bahnen zu bringen. Bei der Neuwahl wurde 1. Vorsitzender: Kollege Otto Reinken, 1. Kassierer: Paul Arnt, 1. Schriftführer: Kurt Behrendt, 2. Vorsitzender: Fritz Hübnert, 2. Kassierer: Otto Lange, 2. Schriftführer: Willi Sommer. Revisoren wurden die Kollegen R. Schwenke, Egon Quade und Hermann Fraas. Die Wahl der Lohnkommission, der Kranzdeputation und Schlichtungskommission wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Dem neuen Vorstand wurde mit auf den Weg gegeben, energisch und ohne Rücksicht mit Einigkeit und bestem Beispiel allen Kollegen voranzugehen und zu zeigen, was eine gut zusammengehaltene Organisation vermag.

Eltmann. Am 30. Januar fand bei Hermann Kaspar in Eltmann unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht, 2. Neuwahl. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung den verstorbenen Kollegen Joh. Margari durch Erheben von den Sigen. Dann wurde der Kassenbericht gegeben, der in bester Ordnung befunden wurde. Unserm Kassierer wurde für seine musterwürdige Buchführung Entlastung erteilt. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige Angelegenheiten erledigt, dann war Schluß der Versammlung.

Bersmold. Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung im Vereinslokale statt. Der Vorsitzende, Kollege Brand, begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen. Nachdem das Protokoll und der Kassenbericht erledigt war, gab der Vorsitzende den Jahresbericht und ermahnte die Kollegen, die Bildungsvorträge des örtlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Partei zu besuchen. Die Arbeitsmöglichkeiten im Jahre 1931 waren sehr schlecht, Pflasterarbeiten nur sehr wenige. Die Lohnrückerei des Pflastermeisters Derermann aus Münster spielt im Bezirk immer noch eine große Rolle. Unter anderem wurde es möglich sein, im Bezirk Osnabrück zu einem einheitlichen Lohngebiet zu kommen. Bis jetzt sind im Bezirk drei verschiedene Lohngebiete vorhanden. Die Vorstandswahl machte keine Schwierigkeiten, da die alten Funktionäre wieder gewählt wurden. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die freien Gewerkschaften und mit der Aufforderung: Kollegen, haltet treu zum Verbands!



# Schafft euch mehr Lebensfreude

DURCH **LINDCAR-FAHRRÄDER**  
**LINDCAR-NAHMASCHINEN**

AB 62,— RM  
AB 141,— RM

WOCHENRATEN AB 2.— MARK

VERLANGT DEN HAUPTKATALOG!

**LINDCAR-FAHRRADWERK A.G., BERLIN-LICHTENRADE, GEWERKSCHAFTSUNTERNEHMEN**

## Rundschau

**Ein Förderer des internationalen Friedens gestorben.** Am 7. März starb Aristide Briand, einer der erfolgreichsten Politiker Frankreichs und ein eifriger Förderer des Friedens. Er ist einer der bekanntesten Politiker der Erde gewesen. Eifmal war er französischer Ministerpräsident und etwa zwanzigmal Minister der verschiedenen Ressorts. Aus einfachen Verhältnissen kommend, hat sich Briand in kurzer Zeit zu einer einflussreichen Stellung im französischen Parlament hinaufgearbeitet. Er war Generalsekretär der sozialistischen Partei und neben Jaurès sozialistischer Journalist. Später wandte er sich von der sozialistischen Partei ab und wurde manchmal hart von seinen einflussreichen Freunden bekämpft. Briand war ein ungewöhnlicher Redner und ein vollendeter Taktiker der parlamentarischen Diskussion. Mit Stresemann gemeinsam hat er die Atmosphäre Europas zu entspannen versucht. Nach mancherlei Schwierigkeiten setzte er die frühzeitige Räumung des Rheinlandes durch. Das deutsche Volk beurteilte dieses Ergebnis der Tätigkeit der beiden Staatsmänner nicht so günstig, wie es notwendig gewesen wäre, wofür die Reichstagswahl 1930 den Beweis lieferte. Als Briand in Berlin war, war er Gegenstand allgemeiner Beachtung. Er konnte der Sympathie eines großen Teils der deutschen Bevölkerung sicher sein. Wäre es nach ihm gegangen, dann sähe die europäische Politik anders aus. Leider war es kein Verhängnis, daß ihm im entscheidenden Moment seine Gegner immer in den Arm fielen. Er konnte sein Werk, ein einiges Europa zu schaffen, nicht vollenden. Der Tod hat seinem Wirken ein Ziel gesetzt. Es liegt an uns, die Politik fortzusetzen, die der große französische Staatsmann in den letzten Jahren seines Lebens betrieben hat: die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Wenn diese einmal restlos gelungen ist, dann ist der Frieden der Welt gesichert, und einem allgemeinen Aufstieg der Menschheit steht nichts mehr im Wege. Weil Briand ein Vorkämpfer der Völkerverständigung war, deshalb trauert an seinem Grabe auch die internationale Arbeiterbewegung.

**Hammerabzeichen (Hammer mit Anstecknadel).** Unser Abzeichen der Hammerabzeichen wird nur an Organisationen und Kampfleitungen abgegeben. Verkaufspreis 10 Pfennig. Je nach Menge entsprechender Rabatt. Vertreibsstelle: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauschuss Leipzig C 1, Zeiger Straße 32.

**Ein deutsches Denkmal auf dem Warschauer Kriegerfriedhof.** Nach dem Entwurf von Professor Dr. Heinrich Straumer, dem Berliner Architekten, ist jetzt ein Denkmal auf dem Kriegerfriedhof Warschau-Powonki im Beisein des deutschen Gesandten, deutscher Abordnungen und polnischer Behörden eingeweiht worden. Das Denkmal erhebt sich als einfacher Block auf einem Stufenunterbau. Die starke Wirkung hat der Künstler durch die feine Einfühlung der Abmessungen in die Landschaft erreicht. Den schmudlosen Stein bedecken auf zwei Seiten Inschriften in strenger Linienführung.

**Ein hartköpfiger Mann!** Bei Sprengarbeiten an einer Bahnlinie in Graaff Reinet (Kapland) wurde der Arbeiter Murphy von einem schweren Stein am Kopf getroffen. Er bestieg seelenruhig einen Zug, fuhr nach seinem Heimatort, legte dann den Weg nach seiner Wohnung zu Fuß zurück und begab sich endlich zum Arzt. Kaum hatte der Arzt den Fall untersucht, sprang er entsetzt auf, packte Murphy, der bei dem Unfall einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, in einen Wagen und brachte ihn in aller Eile zum Krankenhaus, wo er ihn sofort trepanierte und einen Knochen splitter entfernte, der auf das Gehirn drückte. Es war, sagte er, die höchste Zeit. Es sei aber zu hoffen, daß der hartköpfige Mann, der eine so ausgezeichnete körperliche Beschaffenheit besitze, bald völlig genesen werde. — Der Vorgang ist ja recht weit von uns passiert, kann dennoch wahr sein, aber mit „Hartköpfigkeit“ hat es sicherlich nichts zu tun. Festzustellen wäre nur, auf welche Gehirnpartie der Knochen splitter gedrückt hat.

**Die industrielle Auswanderung und ihre Folgen.** Im Bericht des Landesamts Rheinland vom 8. Februar befinden sich folgende Angaben: „Nach den Berichten einzelner Arbeitsämter beabsichtigen verschiedene Zweige der Metallindustrie und der Textilindustrie einzelne Teile ihrer Betriebe hier abzubrechen, um sie nach England zu verlegen. Besonders Halbfertigfabrikate würden auf diesem Wege ins Ausland gehen, um dort fertiggestellt zu werden.“ — Man sieht also, daß die industrielle Auswanderung schon größere Formen angenommen hat. Das Kapital überpringt Landesgrenzen, um den Profit zu suchen. Wie solche Bestrebungen von englischen Stellen unterstützt werden, belegt ein Unternehmer, der einen Teil seines Betriebes nach Nordengland überführte, in Nr. 36 der Bergwerks-Zeitung folgendermaßen: „Im Sommer 1931 mietete ich für meine Firma in England eine kleine, leerstehende Fabrik. Eine Woche darauf sandte mir die Stadtverwaltung Birmingham, mit der ich überhaupt nicht in Verbindung getreten war, ein höfliches Schreiben, in dem sie die Errichtung begrüßte und darauf hinwies, daß eine besondere Abteilung der Stadtverwaltung bestünde, die auf Wunsch in jeder Weise mit Rat zur Verfügung stehen würde. Gleichzeitig sandte sie zwei hübsche Bücher mit Beschreibung und Geschichte der Stadt.“ — Hierdurch werden die Bemühungen der Engländer, eingewanderte Industrien zu fesseln, deutlich hervorgehoben. Ueber die Reize der industriellen Auswanderung werden in der „Völkischen Zeitung“ Nr. 74 folgende Angaben gemacht: „Zweifellos begibt sich der Auswanderer in

## Briefkasten

**Stettin.** Die „Empörung“ ist unangebracht, denn die Berichte werden nicht nach dem Datum der Versammlungstagung eingerückt, sondern nach dem Datum, wie sie der Redaktion zugeföhrt werden. Der angezogene Bericht von R. wurde allerdings vorgeföhrt wegen seiner Inhaltlichkeit; diese Freiheit muß schon der Redakteur haben.

**R. A.** Die Auskunft war gemäß der Anfrage richtig, und wenn man als Anfrager das Geheiß besser kennt, erübrigt sich doch wohl eine Anfrage. Man kann nämlich das Fragen auch überstreifen. Zur neuen Auskunft: Von einem Geheiß, das die Umwandlung einer Lebensversicherung in eine Sparversicherung vorschreibt, ist uns nichts bekannt, wir wissen nur, daß die Volksfürsorge es so handhabt im Interesse der Versicherten. Mit dieser Frage wendest du dich am besten an den Vertreter der Volksfürsorge, der im Zusammenhang auf diesem Gebiet, zumal du dort ja auch versichert bist.

**Adressenänderungen** wie überhaupt die Personennamen sind sehr oft recht flüchtig geschrieben, so daß sich nicht selten eine Druckwiederholung notwendig macht. Ein Nachhaken von Doktorunterschriften ist bei Adressenangaben ganz unangebracht, imponiert durchaus nicht, schafft unnützen Ärger und — Zeitverlust. Personen-, Orts- und Straßennamen bitte immer recht deutlich schreiben.

einen überaus scharfen Wettbewerb. Verfügt er nicht gerade über besonders gut eingeführte, konkurrenzlose Martenerzeugnisse, so wird er bald zu spüren bekommen, daß in erster Linie die alteingesessenen britischen Produzenten von der neuen Zoll- und Währungs politik profitieren und ihre ruhenden Maschinen wieder in Gang setzen wollen. Auch weiß man noch nicht, ob der Anpassungsprozeß der innerenglischen Preise und Herstellungskosten an dem Währungs rüdgang schon beendet ist. Ost aber wird der in Deutschland verbliebene Stammbetrieb einen guten Teil der Zehne zu bezahlen haben: verringerte Leistungsfähigkeit infolge schlechterer Ausnutzung der Anlagen, höhere Kosten infolge der durch Industrie flucht vergrößerten Arbeitslosigkeit.“ — Wir haben drei Auslassungen zitiert, die das Problem der industriellen Auswanderung in ein helles Licht rücken. Die Konsequenzen sind leicht zu ziehen.

**Das Problem des Frauenüberschusses.** In den meisten Kultur ländern gibt es mehr Frauen als Männer. In Deutschland tritt dies besonders in Erscheinung. In der Stadt Berlin kommen nach der letzten Volkszählung auf 100 Männer rund 118 Frauen. Am größten ist der Ueberschuß in dem Alter von 25 bis 45 Jahren. Das sind jene Altersklassen, die am stärksten durch die Kriegsverluste an Männern betroffen wurden. In der Altersgruppe von 25 bis 30 Jahren kommen auf 100 Männer 131 Frauen und in der Gruppe von 30 bis 35 Jahren 141. Weil die Frauen im allgemeinen älter werden als die Männer, ist der Frauenüberschuß bei den über 60jährigen Personen am größten. Auf 100 Männer entfallen in dieser Altersgruppe 150 Frauen. Seit 1925, wo diese Aufnahme erfolgte, wird sich das Verhältnis noch nicht wesentlich geändert haben. Die Zunahme der Frauenarbeit ist aus diesem Frauenüberschuß zu einem großen Teil erklärlich.

## Für Angriff und Abwehr

### Stellung der Nationalsozialisten zur Krankenkasse.

Die antijoziale Einstellung der Nationalsozialisten wird wie auf vielen anderen Gebieten, so auch auf dem Gebiet der Krankenversicherung, durch einige recht deutliche Äußerungen ihrer Presse und ihrer Redner bewiesen, von denen in diesem Zusammenhang nur zwei zitiert sein sollen. Der „Völkische Beobachter“ Nr. 296, Jahrgang 1930, schreibt:

„Eine wesentlich bessere Reform würde die Herausnahme der Krankenversicherung aus der Staatswirtschaft und die Ueberführung derselben in die Privatwirtschaft sein. Die heute gegebene Möglichkeit, daß der Versicherte sich gewissermaßen als Staatspensionär fühlt, würde wegfallen. Zuschüsse von Seiten des Staates könnten aufhören.“

Nach der „Deutschen Handelswacht“ Nr. 13, Jahrgang 1931, gibt der „Völkische Beobachter“ ohne ablehnenden Zusatz den Vortrag des nationalsozialistischen Arztes Dr. Bäumer, Mülhausen, auf einer Münchner Versammlung des Nationalsozialistischen Arbeiterbundes wieder, in dem es heißt:

„Die Krankenversicherung ist ein zweifellos Fehlgriß: für das erstrebte Ziel wäre eine Brot- oder Kleiderversicherung besser gewesen. Sie wirkt sich lediglich gegen einen Stand aus: die Ärzte. Es ist ein Unding, eine Versicherung zu treffen, die dem einzelnen völlig freistellt, die Versicherung zu beanspruchen. Jeder Arzt kennt eine Reihe von Fällen, in denen der Versicherte darauf ausgeht, die Krankenkasse zu schädigen. Das schlimmste ist die Verquickung mit der Krankengeldversicherung. Man kann ein Volk nicht dauernd vor der gebotenen Versicherung bewahren und hintennach die Moralpauke schlagen. Die Folge der Belastung der Krankenkasse hatte nun der Arzt zu tragen. Aber wer ist imstande zu sagen, wann ein Mensch nach schwerer Erkrankung wieder gesund ist? Bei schweren Neuralgien, bei Ischias, die objektiv nicht nachweisbar sind, muß man den Patienten Glauben schenken. Weshalb gibt es nur eine Lösung: Wir müssen weg vom Kollektivismus, die Krankenversicherung muß eine Krankenkasse werden, und zwar eine Zwangspartasse für die Kosten der Krankheit. Was übrigbleibt, muß der Versicherte für seine Erben bekommen.“

### Von den NSD-Komödianten

Sind zwei neue Heldenstücke bekannt geworden. Das eine wurde in Oppeln, das zweite in Köln gespielt.

In Oppeln wollte die NSD beim Reichsbahn-Ausbesserungs-werk streiken. Der Streikbeschuß wurde am Sonnabend gefaßt. „Geizreißer“ wurde an zwei Tagen, am Sonntag und am Montag, als das Werk geschlossen war. Sonntag wird nämlich in großen Eisenbahnwerkstätten überhaupt nicht gearbeitet, und am Montag war Feiertag. Als am Dienstag eine Kontrollkommission der Arbeitslosen vor Arbeitsbeginn die Arbeitswilligen feststellen wollte, waren die kommunistischen Kontrollreue wie aus den Wolken gefallen. Es ergab sich, daß die NSD-Führer, die vorher so heftig zum Streik aufgerufen hatten, als erste im Betrieb erschienen waren.

In Köln hatte, wie erst jetzt bekannt wird, am 2. Januar, als die NSD den Generalstreik durchführen wollte, in der Bleiweiß-Fabrik von Lindens und Söhne in Köln-Mannheim die Belegschaft, irreföhrt durch die NSD-Betriebsräte, die Arbeit niedergelegt. Um 11 Uhr machte die Firma bekannt, daß alle Arbeiter fristlos entlassen würden, die um 1 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Sofort bekamen es die neun NSD-Betriebsräte mit der Angst zu tun, und diese Angst war so groß, daß sie folgende von der Firma vorgelegte Erklärung unterschrieben:

„Ich Unterzeichneter erkläre durch meine Unterschrift, daß ich mein Amt als Betriebsratsmitglied freiwillig niederlege und mich zu einer Neuwahl nicht wieder werde aufstellen lassen.“

Nach der Unterzeichnung wurden die Maulrevolutionäre mit den anderen Arbeitern wieder eingestellt.

### National-„Jozialisten“ gegen Sozialisierung.

Das nationalsozialistische Organ des Ruhrgebiets, die durch ihre sozialreaktionäre Haltung selbst innerhalb der NSDAP. auffallende „Eigener Nationalzeitung“ polemisiert in Nr. 32 vom 9. 2. 1932 heftig gegen den christlichen Gewerkschaftsführer Imbusch, weil dieser in einer Verammlung eine Verstaatlichung der Bergwerke gefordert hat. Das Blatt schreibt:

„Der größte Fehler des Gewerkschaftsführers Imbusch ist aber, daß er übersieht, daß die Verstaatlichung des Bergbaus die größte Konzentrierung und die weitestgehende Entpersonalisierung ist, die man sich vorstellen kann. In einem solchen Rahmen wäre der Gedanke des wertschöpfenden Menschen eine Farce geworden.“

Man sieht, das Geld der Bergherren ist in der NSDAP-Presse nicht schlecht angelegt!

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

### Berjammlungen:

Sonntag, 3. April:

**In Berlin (Steinseger und Berufsgenossen)** um 10 Uhr in den Brunnenfäden, Brunnenstraße 15 (Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz).

\*

**Dresden (Steinsegersektion).** Unsere regelmäßigen Mitgliederberjammlungen finden an jedem ersten Sonnabend im Monat statt, nicht Sonntag, wie es kürzlich irrtümlich im Zahlstellenbericht hieß. Lokal und Zeit ist den Kollegen bekannt.

**Verlorene Mitgliedsausweise.** In Osna brück das Verbandsbuch Nr. 55 818 für Wilhelm Karjiff, Brecher. In Bensheim Nr. 35 107 für Ludwig Rajcher, Schleißer.

\*

**Schweiz, Steinarbeiter. Warnung.** Die Anfragen nach Arbeitsgelegenheit in der Schweiz mehren sich, sogar Zureisen werden unternommen, obwohl davor gewarnt wurde. Das Internationale Steinarbeitersekretariat wiederholt, daß es keinen Wert hat, herzureisen in dem Glauben, schon Arbeit zu finden. Die Verfügungen der Polizeidirektionen lauten strikte auf Ausweisung etwa Arbeitender ohne vorherige Arbeitsbewilligung.

Dann besteht zur Zeit grund der Kälte und Schneeverhältnisse eine Arbeitslosigkeit von über 50 Prozent der ansässigen Steinarbeiter. In Zürich ist für Steinarbeiter der Arbeitsvertrag außer Kraft, die hiesigen Kollegen werden bei günstiger Gelegenheit die Unternehmer veranlassen, den früheren Arbeitsvertrag wieder anzuerkennen. Alles Gründe, die Zureise nach der Schweiz zu unterlassen.

\*

**Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung!** — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig, auch wenn von einzelnen auf die hundertprozentige örtliche Arbeitslosigkeit verwiesen wird. Zu beachten ist noch: Sperrebruch ist gleichbedeutend mit Streikbruch.

## Adressenänderungen

1. Gau: **Schneidemühl.** Kass.: Fritz Kühn, Ackerstr. 68. — **Schwerin (Warthe).** Vorj.: Anton Haladuda, Mejeritz, Schweriner Straße 4.
2. Gau: **Oppeln.** Vorj.: Theodor Schwalbe, Klein-Döbern, Oppeln-Land.
3. Gau: **Hohburg.** Kass.: Otto Landgraf, Ködnitz, Wurzen-Land.
4. Gau: **Altenleben.** Vorj.: Willi Beschulte. — **Rudolstadt.** Vorj. u. Kass.: Paul Grüner, Karlstr. 7, II. — **Schöneberg-Bad Salzungen.** Vorj. u. Kass.: Willi Krüger, Sorgestr. 4.
8. Gau: **Pappenheim.** Vorj.: Fr. Grobmann, Klosterhof 12; Kass.: Heinrich Bühler, Graf-Karl-Straße 25.
9. Gau: **Tiefenbach.** Vorj. u. Kass.: Willi Schütz, Haus Nr. 55 a.
10. Gau: **Osterober.** Vorj. u. Kass.: Karl Schrader, Lasfelde Nr. 79, Herzberg-Land (Harz). — **Dölme.** Vorj.: Heinrich Schmidt, Nr. 37.

## Neue Bücher und Zeitschriften

„Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“: Jahrgang 1931. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 888 Seiten. Ganzleinen 6,50 Mark.

Der Jahrgang 1931 der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ liegt in einem häßlichen Bande von 888 Seiten vor. Auch in diesem Jahre blieb die Parteikorrespondenz ihren Aufgaben treu: die Haltung der Sozialdemokratie in Reich und Ländern darzustellen, die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse des In- und Auslandes übersichtlich zusammenzufassen und Quellenmaterial über die Tätigkeit der Gegner zu bieten.

Die Parteikorrespondenz ist das für die Funktionäre und Referenten einfach unentbehrliche Informationsorgan und erfreut sich selbst im Ausland steigender Nachfrage. Die fast lückenlose Darstellung aller wichtigen inner- und außenpolitischen Ereignisse, das umfangreiche Material über gewerkschaftliche Parteien und die informativsten Beiträge über fremde Staaten und die deutschen Länder machen die Parteikorrespondenz zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk.

Auch dieser Jahrgang der Parteikorrespondenz enthält mehrere Sonderdarstellungen, die besonders hervorzuheben sind. Das Weiße brachte eine Statistik der Reichsabinette 1919-1930, die September-Ausgabe eine agitatorisch wertvolle Polemik über „die Riesengehälter“ und Pensionen sozialdemokratischer „Bongen“. In Nr. 10 wurde eine Darstellung der Oppositionsbewegungen innerhalb der Partei vorgenommen und außerdem unter dem Titel „Worte und Taten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion“ eine Abrechnung mit dem Lügenstern der Nazis gehalten.

Arthur Crispian: Die Sozialdemokratie und die Reparationen! Dieß Verlag, Berlin. Preis 15 Pfennig.

Ueber keinen Gegenstand der Politik unserer Tage herrscht in breiten Kreisen des Volkes so große Unkenntnis, wie über die Reparationsverpflichtungen auf Grund des Versailler Vertrages. Ueber keinen Gegenstand ist auch von den Gegnern der Sozialdemokratie so viel zusammengelogen worden, wie über die Stellung der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale zum Reparationsproblem. Crispian's eindrucksvolle Darlegungen sind geeignet, mit dem volkstümlichen Schwunabel vom „Reparations-Sadismus der Sozialdemokratie“ gründlich aufzuräumen.

## Geforben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

**Stettin.** Am 29. Februar der Hilfsarbeiter Paul Manske, 47 Jahre alt, 1½ Jahre lungenkrank.

**Bautzen.** Am 2. März der Granitsteinmetz Adolf Pannasch, 48 Jahre alt, 4½ Jahre herz- und nervenkrank.

**Osnabrück.** Am 4. März der Steinmetz Jak. Laffertü, 61 Jahre alt, 6 Jahre Staublunge.

**Löbau.** Am 5. März der Schriftbläser Paul Wolf, 45 Jahre alt, Lungenleiden.

**Weissenstadt.** Am 6. März der Granitsteinmetz Johann Schmidt, 50 Jahre alt, 4 Jahre krank, Todesursache war nicht angegeben.

**Bremen.** Am 9. März der Steinschleifer Hermann Osterloh, 57 Jahre alt, 23 Wochen krank, Herzschwäche.

**Dresden.** Am 10. März der frühere Sandsteinmetz und Bezirksleiter Paul Wittig, 57 Jahre alt, 6 Monate Berufskrankheit.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Kriegsopfer, Vierte Notverordnung und die Gewerkschaften

Eine notwendige Richtigstellung

Der „Reichsverband“, das Organ des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener e. V. glaubt in seiner Nummer 2, 1932, S. 18, in der bei dieser grundlossten Organisation üblichen Form den Gewerkschaften die Schuld dafür in die Schuhe schieben zu können, daß die sozialversicherten Kriegsopfer außerordentlich hart und ungerecht treffenden Anrechnungsbestimmungen in die Vierte Notverordnung aufgenommen worden sind.

„Ein geheimnisvolles Dunkel herrscht zur Frage, wer dafür verantwortlich gemacht werden muß, daß gewissermaßen in zwölfter Stunde diese unheilvollen Bestimmungen für die Kriegsopfer noch in die Vierte Notverordnung hineingenommen worden sind. Man spricht davon, daß die Gewerkschaften an der Sache nicht ganz schuldlos seien und sagt beweisführend, daß es ihnen darauf ankommen mußte, einen Abbau der Leistungen aus der Sozialversicherung zu verhindern, und daß die notwendige Sanierung aus diesem Grunde einzig und allein auf die Schultern der versorgungsberechtigten Kriegsopfer gelegt werden ist.

Weshalb verdächtigt der Reichsverband die Gewerkschaften in dieser unfairen Weise? Weil er, der trotz seines bald 10-jährigen Bestehens, noch keine eindeutige Stellung zur Staatsform gefunden und noch nie ein klares Bekenntnis für die Weimarer Verfassung abgelegt hat, immer bemüht war, den in seinen Mitgliederkreisen vorherrschenden politischen Strömungen Rechnung zu tragen. Da nach einer Verlautbarung des Bezirksvorsitzenden des Reichsverbandes in Ansbach, des Nationalsozialisten Stadtrat Schäfer, 80 000 Mitglieder (etwa die Hälfte des gesamten) des Reichsverbandes eingeschriebene Mitglieder der NSDAP sind, erklärt es sich, daß die Verbandsleitung des Reichsverbandes ihre „Neutralität“ dadurch zu beweisen sucht, daß sie zur Abwechslung auch einmal den Gewerkschaften — wenn auch unberechtigter Weise — eins auswischt.

Der Bundesvorstand des seit seiner 1917 erfolgten Gründung auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Staatsform stehenden Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, der nach dem § 2, Ziffer 7 seiner Bundesatzung weiter erklärt, seine Bundesziele „im Einklang mit den bestehenden Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen erstreben zu wollen“, erhebt vom Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf eine an ihn gerichtete Anfrage nachstehende Antwort, die die vom Reichsverband in bei ihm gewohnter versteckter Form erhobenen Anwürfe auf die Gewerkschaftsbewegung eindeutig und klar widerlegt. Der Bundesvorstand des ADGB schreibt dem Reichsverband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen unter dem 29. 2. 1932 Tgb. Nr. 1355/32 Mf/Bu:

„Wir danken Ihnen, daß Sie uns auf die Veröffentlichung des Reichsverbandes in Ihrem Schreiben vom 12. d. M. aufmerksam gemacht haben. Die in der Nr. 2 des RV ausgesprochene Verdächtigung der Gewerkschaften entbehrt jeden Hintergrunds. Es ist uns gar nicht eingefallen, beim Arbeitsministerium vorstellig zu werden, um die Sanierung der Invalidenversicherung auf die Kriegsopfer abzuwälzen. Im Gegenteil: in einer Besprechung, zu der sämtliche Spitzenverbände der Gewerkschaften vom Arbeitsministerium geladen waren, haben wir ausdrücklich Einspruch gegen die in ganz verschwommener Form vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen eingelegt.“

Die den freien Gewerkschaften angehörenden Kriegsopfer sollten diesen neuen Beweis der Gewerkschaftsfeindschaft des Reichsverbandes zum Anlaß nehmen, sich von dieser staatspolitisch grundlossten und nazifremden Organisation loszulösen und sich der einzigen wirklich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Kriegsopferorganisation, dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen anzuschließen.

Grundrissliches zum Streitverfahren über Staublungenenerkrankungen

Von H. Bachhaus, Berlin.

Beim Streitverfahren über Berufskrankheiten hat der beim Reichsversicherungsamt errichtete Senat für Berufskrankheiten nur über solche Fälle zu entscheiden, in denen der Entschädigungsanspruch im Jahre 1929 erhoben wurde. Da noch zirka 1500 Fälle zu erledigen sind, wird dieser Senat vielleicht erst Ende dieses Jahres damit fertig werden. Die Oberversicherungsämter sind für solche Fälle nicht zuständig, jedoch dann zuständig, wenn der Antrag nach 1929 gestellt worden ist. Der Refurs, d. h. die Anrufung des Reichsversicherungsamtes gegen ein Urteil des Oberversicherungsamtes, ist in jedem Falle erstmalig zulässig, falls nicht eine vorläufige Rente zugesprochen worden ist.

Einzelne Berufsgenossenschaften, namentlich die Sächsische Bau-gewerks-BG, hatten hartnäckig den Standpunkt eingenommen, daß zur Entwidlung einer schweren Staublungenenerkrankung 10 bis 15 Jahre Berufstätigkeit in einem Staubbetriebe erforderlich seien. Das Reichsversicherungsamt hat wiederholt entschieden, daß bedeutend weniger Jahre Berufstätigkeit genügen, so mehrfach 3 bis 4 Jahre. Auch der Einwand, daß vor dem Stichtage (1. Januar 1920) bereits eine Staublunge bestand, genügt nicht, wenn diese nicht schwer war und anzunehmen ist, daß sie erst durch spätere Berufsarbeit zu einer schweren geworden ist. Neuerdings vertritt die Sächsische Bau-gewerks-BG in solchen Fällen, unterstützt durch den bekannten Prof. Dr. Weigel, den Standpunkt — so in der beim Reichsversicherungsamt noch schwebenden Refursache Ia 12 193/31 —, daß ein Teil der bestehenden Erwerbsunfähigkeit auf die Schädigung vor dem Stichtage zurückzuführen und deshalb eine entsprechende Minderung der Rente zulässig sei. Sie dürfte damit beim Reichsversicherungsamt kein Glück haben, da grundsätzlich von der vollen Erwerbsfähigkeit vor der Erkrankung auszugehen ist und eine schon geminderte Erwerbsfähigkeit auch in der Regel einen geringeren Jahresarbeitsverdienst im Jahre vor der Erkrankung ermöglicht, dieser aber die Grundlage der Rentenberechnung ist. In allen solchen Fällen ist die Berufung gegen den Bescheid oder der Refurs gegen eventuelle entsprechende Urteile zu empfehlen. Dies muß auch dann geschehen, wenn die Berufsgenossenschaft selbst Refurs eingelegt hat; denn auf ihr eigenes Rechtsmittel kann sie nicht schlechter gestellt werden.

Bei Bergesellschaftung einer Staublungenenerkrankung mit Tuberkulose besteht nur dann Entschädigungspflicht für beide Krankheiten, wenn erstere schwer ist oder sie zwar nicht für sich allein schwer ist, aber durch die Tuberkulose zu einer schweren geworden ist. Ist die Staublungenenerkrankung neben einer Tuberkulose nur leicht, sind beide Krankheiten nicht entschädigungspflichtig.

Ob eine schwere Staublungenenerkrankung oder eine andere schwere Lungenerkrankung, hauptsächlich Tuberkulose, vorliegt, ist oft schwer festzustellen. Trotzdem ist sonderbarer Weise von einer Berufsgenossenschaft, wenn es sich um die Frage handelt, ob die Frist zur Antragstellung gewahrt ist, der Standpunkt eingenommen worden, der Kranke hätte wissen müssen, daß er an einer entschädigungspflichtigen Berufskrankheit leidet. Der Kranke soll nach dieser Meinung klüger sein als der Arzt.

Die Frage, ob bei einem im Jahre 1930 gestellten Antrag die Frist gewahrt ist, wird oft von Berufsgenossenschaften verneint. Der Kranke kann mit Recht geltend machen, daß er nicht früher einen Antrag stellen konnte, als er wußte, daß er an einer schweren Staublungenenerkrankung leidet. In solchen Fällen wird es oft darauf ankommen, nachzuweisen, daß die Krankheit erst später zu einer schweren geworden ist. Das wird man insbesondere behaupten können, wenn die Berufstätigkeit noch im Jahre 1930 ausgeübt worden ist. Insbesondere wird es auch manchmal auf den Nachweis ankommen, daß eine wesentliche Verschlimmerung später eingetreten ist.

Wenn eine Abweisung rechtskräftig erfolgt ist, weil eine schwere Staublungenenerkrankung nicht anzunehmen war, kann in jedem Fall ein neuer Antrag gestellt werden, wenn die Krankheit später zu einer schweren geworden ist. Das gilt auch dann, wenn nachdem der Kranke nicht mehr berufstätig gewesen ist. Von grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes, auf die man sich gegebenenfalls berufen kann, sind folgende bemerkenswert:

In einem Falle hatte ein Werkzeugschleifer am nassen Sandstein gearbeitet. Ein Arzt hatte am 24. August 1930 sich dahin geäußert, daß eine schwere Staublungenenerkrankung vorliege. Andere Ärzte bestätigten das. Die Berufsgenossenschaft wies durch einen Bescheid vom 12. Dezember 1930 den Anspruch zurück, da es sich um einen Rückwirkungsfall handle, der verspätet angemeldet sei. Das Oberversicherungsamt erkannte den Anspruch an. Der Refurs der Berufsgenossenschaft wurde vom Reichsversicherungsamt zurückgewiesen. Hierbei wurde in der Anzeige des Arztes, die am 24. September 1930 bei der Befragten eingegangen war, die Anmeldung des Entschädigungsanspruchs gesehen. Es wurde dabei angenommen, daß die Anzeige im Auftrage des Klägers erstattet sei. Ein Rückwirkungsfall wurde zwar angenommen, aber nicht, daß der Antrag bereits im Jahre 1929 hätte gestellt werden müssen. Hier wäre die Vorschrift des § 1547 RW anzuwenden und käme eine Antragsfrist zur nachträglichen Anmeldung des Entschädigungsanspruchs von einem Jahr in Betracht. Nach dem 31. Dezember 1929 habe der Kläger erst erfahren, daß er an einer schweren Staublungen erkrankt sei. Die Frist sei deshalb gewahrt. Es erscheine auch ohne weiteres glaubhaft, daß der Kläger nicht gewußt habe, an einer schweren Staublungenenerkrankung zu leiden, weil er bis Anfang 1931 seine Tätigkeit als Schleifer habe ausüben können. (Entscheidung des 6. Refursenats des RW, Urteil vom 4. November 1931 [Ia 4653/31], veröffentlicht in „Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes“, 31. Band, Seite 98.)

Eine andere grundsätzliche Entscheidung des 2. Refursenats des RW, Urteil vom 9. Dezember 1931 (Ia 4646/31), veröffentlicht im 31. Band der „Entscheidungen und Mitteilungen des RW“, Seite 216, besagt, daß auf Berufskrankheiten, die wesentlich durch eine berufliche Beschäftigung nach dem 31. Dezember 1919 verursacht wurden (sogenannte Rückwirkungsfälle), aber erst nach dem 31. Dezember 1929 entstanden sind, die Ausschlußfrist des § 12 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung keine Anwendung findet. In diesem Falle wurde angenommen, daß der Kläger erst am 24. Februar 1930 Kenntnis von seiner schweren Erkrankung erhalten habe und, da er innerhalb eines Jahres von diesem Tage ab den Antrag gestellt hatte, wurde die Antragsfrist als gewahrt angesehen.

Eine Entscheidung des 1. Refursenats des RW, Urteil vom 5. Januar 1932 (Ia 6196/31), veröffentlicht in „Entscheidungen und Mitteilungen des RW“, 31. Band, Seite 218, spricht aus: der inhaltlich im vorigen Absatz wiedergegebene Leitsatz gelte auch für den Fall, daß ein bereits innerhalb der Ausschlußfrist des § 12 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung erhobener Entschädigungsanspruch durch Entscheidung des Senats für Berufskrankheiten mit der Begründung rechtskräftig abgewiesen worden ist, daß eine zur Entschädigung berechtigte Berufskrankheit nicht vorliege. In diesem Falle war die Abweisung durch den Senat für Berufskrankheiten am 7. Dezember 1929 erfolgt, weil eine Erkrankung nur mittleren Grades vorgelegen hatte. Durch diese Entscheidung ist nach Meinung des 1. Refursenats nur festgestellt, daß eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit nicht vorgelegen hatte, mithin ein Entschädigungsanspruch überhaupt nicht entstanden war. In dem neuen Verfahren war unstreitig, daß nach Abschluß des früheren Verfahrens eine Berufskrankheit im Sinne der Verordnung entstanden ist. Deshalb sei die Rechtslage genau die gleiche, als wenn der Kläger vorher überhaupt noch keinen Anspruch erhoben hätte. Hier käme nach Ansicht des erkennenden Senats auch die Anwendung des § 1547 RW nicht in Frage, sondern § 1546 RW; doch könne es dahingestellt bleiben, ob eine zweijährige oder eine einjährige Frist in diesem Falle zu gelten habe. Die letztere war auch gewahrt.

Die Gewerkschaften und der Krieg im Fernen Osten

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner Sitzung am 2. März mit den weltpolitischen Geschehnissen beschäftigt, die aus der Fortdauer des Krieges im Fernen Osten sich ergeben können, wenn der Völkerbund, dem Sinn seiner Existenz und seiner Aufgaben zuwider, sich weiterhin untätig verhält, obwohl es seine Pflicht gewesen wäre, diesen Krieg ohne Kriegserklärung schon vor Monaten aus eigener Initiative durch aktives Eingreifen zu beenden. Die allgemeinen Friedensversicherungsverträge, die in den letzten Jahren in feierlichster Form abgeschlossen wurden, verlieren durch diese Passivität des Völkerbundes, durch die Geheimdiplomatie der bewaffneten Großmächte und durch das unerantwortliche Verschleppen dringender Entscheidungen jede praktische Bedeutung. Der Bundesvorstand ist im Einvernehmen mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der einmütigen Überzeugung, daß der Konflikt zwischen Japan und China niemals zu kriegerischen Aktionen dieses Ausmaßes hätte führen können, wenn die Signatarmächte des Versailler Vertrages, die den Völkerbund ins Leben gerufen haben und für das Maß seiner Aktivität verantwortlich sind, schon vor Jahren damit Ernst gemacht hätten, ihr Versprechen einzuhalten, gemäß dem deutschen Vorbild die Abrüstung durchzuführen oder wenigstens einzuleiten. Die Gewerkschaften erwarten, daß die deutsche Reichsregierung in der Völkerbundversammlung, die am 3. März zusammengetreten ist, ihren ganzen Einfluß ausbietet, um eine klare Stellungnahme des Völkerbundes herbeizuführen, um den Krieg Japans gegen China zu beenden und wirksame Sicherungen gegen die Bedrohung des Weltfriedens sowohl bei diesen Verhandlungen wie in den Beratungen der Abrüstungskonferenz durchzusetzen.

Warum muß die Verordnung vom 11. Februar 1929 über Berufskrankheiten erweitert werden?

Auf Grund vorliegender Erfahrungen ist es längst fällig, daß die Verordnung auch auf andere schädliche Gesteine ausgedehnt wird. In Frage kommen Granit, Grauwade, Quarzit, Quarzschiefer und Schiefer. Für den Senat im Reichsversicherungsamt ist bei seinen Entscheidungen nur der Wortlaut der Verordnung ausschlaggebend; er muß eine Entschädigungspflicht für die Staublungen-Erkrankungen, die durch die Tätigkeit in anderen Gesteinen als Sandstein entstehen, grundsätzlich ablehnen. Die Verordnung vom 11. 2. 1929 sieht in der I. Nr. 16 nur Betriebe der Sandsteingewinnung, -bearbeitung und -verarbeitung vor. Nur diese Art Betriebe fallen unter die Verordnung und nur die schweren Staublungen-Erkrankungen, die durch die Tätigkeit in solchen Betrieben verursacht sind, werden als entschädigungspflichtiger Betriebsunfall anerkannt. Schwere Erkrankungen der Lunge ruft aber auch die Tätigkeit in den Granit-, Quarzit-, Grauwade-, Quarzschiefer- und Schieferbetrieben hervor. Alle diese Gesteine enthalten in ihren Quarzteilchen Kieselsäure, die bekanntlich der eigentliche Urheber der fürchterlichen Staublungen-Erkrankungen ist. Eingehende Untersuchungen von Granitarbeitern durch Herrn Dr. Alfred Flakke-Hofbauer, früher Leiter der Tuberkulosenfürsorgestelle in Seib, haben einwandfrei schwere Staublungen-Erkrankungen festgestellt. Es lagen nach Röntgenbild und auch klinisch dieselben Veränderungen in den Lungen vor, wie bei den Sandsteinarbeitern. Diese Untersuchungen beweisen, daß der Granitstaub ebenfalls in hohem Maße für die im Granit tätigen Arbeiter schädlich ist. Deshalb hält es der genannte Arzt für eine Ungerechtfertigung, daß die Verordnung vom 11. 2. 1929 nicht auch für die an Staublungen-Erkrankung leidenden Granitarbeiter Anwendung findet und tritt für Ausdehnung der Verordnung auf die Granitarbeiter ein.

So wie die Fälle bei den Granitarbeitern liegen, treffen diese auch bei der Bearbeitung von Quarzit, Quarzschiefer, Grauwade und Schiefer zu; denn die in diesen Gesteinen tätigen Kollegen leiden ähnlich wie die Sandsteinarbeiter an denselben Lungen-Erkrankungen. Auch Röntgenaufnahmen von diesen Erkrankten zeigen das.

In Krummdorf (Schlef.), wo vorwiegend Quarzschiefer bearbeitet wird, ist bei dem größten Teil der dort verstorbenen Kollegen als Todesursache Lungenerkrankung verzeichnet, herbeigeführt durch die Bearbeitung des Quarzschiefers. Schwer betroffen von Staublungen-Erkrankung werden auch die Schieferbetriebe. Ein Beispiel über die Schädlichkeit des Schieferstaubes für die Lungen gibt unsere Verbands-Zeitschrift Steinach. In dieser gibt es seit Jahrzehnten immer wieder durch Staublungen-Erkrankung Invalide und Sieche, die dieselben Atembeschwerden aufweisen, wie Sandsteinarbeiter.

Die Tätigkeit in den Grauwadebetrieben zeitigt das Gleiche. Ein Antrag auf Rente wurde von der Berufsgenossenschaft abgelehnt. Die Berufung vor dem Oberversicherungsamt ist noch nicht erledigt. Durchgelesen wird diese Sache bis zur letzten Instanz, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Denn Grauwade ist nach seiner geologischen Zusammenlegung ein harter Sandstein und das Reichsversicherungsamt wird anerkennen müssen, daß diese Gesteinsart mit unter I. Nr. 16 der Verordnung fällt.

Schwieriger liegt die Sache bei Quarzit, der nach geologischer und verkehrsbüchlicher Wortbezeichnung nicht dem Sandstein gleichzustellen ist. Quarzit ist Quarzgestein, das durch Verbindung mit anderen Teilschen eine weit größere Zähigkeit und Drucksfähigkeit, als Quarz allein, besitzt und wird meistens zur Herstellung von feuerfesten Steinen verwandt. In einer Schrift von B. v. Frenberg: Die Textilarquarzite Mitteldeutschlands wird angegeben, daß bei 15 Quarzit-Arten 9 über 98 Prozent, die anderen nicht weniger als 97 Prozent Kieselsäure enthalten. Wie das Material, so ist auch die Bearbeitung eine ganz andere, wie beim Sandstein. Quarzit ist nur eine besondere Art von Quarzgestein und kann als Sandstein nicht bezeichnet werden, unsere Aufgabe ist es, nachzuweisen, wie gefährlich der bei der Bearbeitung von Quarzit erzeugte Steinstaub für die beteiligten Arbeiter ist. Durch den hohen Prozentsatz, der im Quarzit nachgewiesenen Kieselsäure, ist es unausbleiblich, daß die in solchen Betrieben tätigen Arbeiter in hohem Maße an Staublungen-Erkrankungen leiden.

Aus einem Gutachten des Herrn Prof. Dr. Böhm, Bochum, vom 12. Juni 1931, das im Auftrage des Reichsversicherungsamtes angefertigt wurde, ist zu ersehen, daß bei sehr starker Entzündung eines kieselsäurereichen Staubes oft nur 1 Jahr Arbeits-Tätigkeit ausreicht, um zu einer schweren Staublungen-Erkrankung den Keim zu legen. So ist es schon vorgekommen, daß nach Aufgabe des Berufes die Erkrankung erst in Erscheinung tritt. Solche Beobachtungen sind ebenfalls bei Sandstrahlbläsern und Arbeitern, die mit quarzreichen Pulvern hantieren, gemacht worden. Maßgebend für die frühere oder spätere Erkrankung ist immer der Schwere oder stärkere Gehalt des Steinstaubes an Kieselsäure. Prof. Dr. Böhm behandelt in seinem Gutachten auch die Zeit, in der eine noch nicht schwere Staublunge, sich zu einer schweren entwickelt. Nach seiner Ansicht genügt eine berufliche Tätigkeit von etwa 2 Jahren, in Quarzit- und reicher Atmosphäre, um als wesentlich für die Verursachung einer schweren Staublungen-Erkrankung zu gelten; bei sehr kieselsäurereichem Staub dürfte ein Jahr Berufstätigkeit genügen.

Bei Sandsteinen ist der Gehalt an Kieselsäure sehr unterschiedlich, geht bis auf 60 Prozent herunter. Die gefährlichsten Sandsteine in dieser Beziehung sind: der Sächsisch-, Schiefer-, Heuschauer-, Obernkirchner-, Nisterwald-, Deimold- und Ruhrkohlen-Sandstein.

Das Reichsversicherungsamt hat — je nach Fall — schon verschiedentlich anerkannt, daß zwei Jahre Berufstätigkeit nach dem 31. Dezember 1919 ausreichend sind, eine schwere Staublunge zu entwickeln, wodurch die Ansicht einer Anzahl Gutachter von den Berufsgenossenschaften allerdings durchkreuzt wird, die behaupten, daß acht bis zehn Jahre Tätigkeit nicht genügen, aus einer mäßigen Staublunge eine schwere heranzubilden.

Am nun auch anderen Steinarbeitern, die ebenfalls, wie die Sandsteinarbeiter, unter Staublungen-Erkrankungen leiden, den Rechtsanspruch auf Entschädigung zu verschaffen, ist es notwendig, daß die Reichsregierung die Verordnung soweit auszudehnt, daß alle Betriebe, in denen durch Gesteinsstaub schwere Lungenerkrankungen entstehen, als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Verordnung eingereiht werden. Es ist offenbar ein Unrecht, Betriebe davon auszuschließen, in deren Tätigkeit die gleichen Erkrankungen wie in Sandsteinbetrieben entstehen.

Alle ärztlichen Gutachten und Angaben über Staublungen-Erkrankungen in solchen Fällen sind an den Verbandsvorstand einzusenden, um so den Beweis über die Notwendigkeit der Ausdehnung der Verordnung auf die angeführten Betriebe zu erbringen.

Das Reichsversicherungsamt hat z. B. in einer Entscheidung vom 17. 2. 1931 den Anspruch auf Entschädigung abgelehnt, obgleich der Antragsteller sich durch das Schürfen von Quarzitmühlsteinen die schwere Staublungen-Erkrankung zugezogen hat. Das Reichsversicherungsamt gibt in seiner Begründung zu, daß der durch die Bearbeitung entstehende stark kieselsäure Staub den Arbeiter mindestens derselben Gefahr der Silikose-Erkrankung aussetzt, wie den Sandsteinarbeiter; es konnte sich aber nicht entschließen, den Fall zu entschädigen, da nach der Verordnung vom 11. 2. 1929 Quarzitarbeiter nicht unter die Verordnung fallen. Er betreitet nicht, daß der Schus dieser gesundheitsgefährlichen Tätigkeit auch wünschenswert sei. Die Verringerung des Geistes müsse aber der künftigen Rechtsentwicklung im Wege der Gesetzgebung vorbehalten bleiben.

Gerade durch diese Entscheidung wird bewiesen, wie notwendig eine Erweiterung der Verordnung für die in solchen Betrieben tätigen Arbeiter ist.



# Unterehaltungsbrocken

In einer Welt, in der alles schwankt, bedarf es eines festen Punktes, auf den man sich stützen kann. Dieser Punkt ist der häusliche Herd, der Herd ist aber kein fester Stein, wie die Leute sagen, sondern ein Herz, und zwar das Herz einer Frau.

Seid Glühwein oder brunnenkühles Wasser, nur nicht abgestandenes Raß, das jeden anekelt; jeto keine Philister

Der Schneeball und das böse Wort. Sie wachsen, wie sie rollen fort. Eine Handvoll wirft zum Tor heraus, Ein Berg wird's vor des Nachbars Haus.

## Das Gleichnis vom Nagel

Mit einem Nagel ist das manchmal so, daß man versucht, ihn einzuschlagen in eine Wand, die ihn nicht tragen will. Und wie man sich auch müht und wo man auch sein Glück, das man nicht hat, versucht, statt Fugen trifft man nichts als Steine und schlägt ihn krumm wie seine Beine. So geht's dem Menschen, der verflucht vom Schicksal, keinen Halt in diesem Leben finden kann. Er mag sich quälen, mühen und schinden mit Sorgfalt, Eifer und Gewalt. Wenn er mal nicht an einem Stein sich stößt, sieht er bis an die Ohren im Dreck; denn nur, wer schon als Wurm geboren trifft einen Halt in diesem Sein.

E. Gr.

## Goethe und die geschichtliche Stunde

Zum 22. März

Wir stehen in einer geschichtlichen Stunde der Entscheidung. Demokratie oder Faschismus? Sozialer Ausbau des Volksstaats oder Diktatur? Soziale Zukunft aus freiem Volke heraus oder Willkür einer Herrenklasse? Darum geht es. Und in dieser geschichtlichen Stunde — Goethe? Paßt solch ein Gedanke in diese Zeit?

Wer Goethe nur von der Schule her kennt, der mag den Goethe-„Kummel“ vielleicht nicht gern mitmachen. Aber Goethe ist mehr. Es ist schon so, wie Lassalle es einmal ausgesprochen: „Der Bürger würde seine Klassiker verbrennen, wenn er sie kennen würde.“ Denn die Denker und Dichter sind Kündler. Jede große Zeit der Geschichte hatte ihre Propheten! Und Goethe war einer ihrer größten.

Gerungen hat er um Wahrheit und Klarheit sein Leben lang. Wie der Faust seines unsterblichen Werks. Was ist des Lebens eigentlicher Inhalt? Was ist des Lebens eigentliche Aufgabe und was ist sein Glück?

Und Goethe-Faust fand es. Doch nicht im bürgerlichen Leben des Tages. „Arbeit in Gemeindrang für die Gemeinschaft!“ „Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen!“ Da vor uns liegt die schöne Erde! Vor uns die Aufgabe gegen die Welt! Vor uns die Zukunft! Und die heißt Glück freier Arbeit in Menschlichkeit.

Ein Jahrhundert hat Goethe-Faust mit dieser Erkenntnis überwunden. Schon im ersten Beginn der Maschinenzeit sah er jenseits der kommenden Zerrissenheit von Volk und Welt das eine Neue: das Gemeinschaftliche, das brüderlich-bindende Glück.

Es ist erwiesen, daß die sozialistischen Utopisten auf Goethe befruchtend eingewirkt haben. Doch er nahm die soziale Lehre nicht nur als ökonomische Aufgabe hin. Er spürte ihren tiefsten, heiligen Sinn. Er ahnte das große Neue der Freiheit und der brüderlichen Arbeit für alle.

Und dann kam die große Stunde, da ein Marx den praktischen Weg wies zu dem Ziel: Zusammenschluß aller Geschlechter, Kampf gegen die Wirtschaftsmacht, die herrscht, Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der Gemeinschaft.

Und das Volk ging den Weg. Und es schloß sich zusammen. Und als Gewerkschaftsbewegung wuchs der neue Gedanke wirtschaftlich zu geschichtlicher Wucht und Macht. Gefahr für das Alte, für Herrentum und Besitz. Und Schöpfer und schöpfer wurden die Gegenätze. Und sie drängen zur letzten Entscheidung.

Und da: Goethe! Der echte, revolutionäre Goethe! Der Ränder Goethe! Der Prophet!

Hoch der heilige Gedanke, um den es geht! Seid durchglüht von dem sittlichen Glauben an euren Kampf! Stellt alles Kleine zurück gegen solchen Gedanken! Seid einig und stark!

„Arbeit in Gemeindrang für die Gemeinschaft!“ „Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen!“ Ja, es geht um eine geschichtliche Mission!

## Der Hammer

Es gibt eine Scharfrage: Was ist ein Hammer? — Und die Antwort darauf lautet: Ein Einwohner der Stadt Hamm! — Das Wort gibt selbstverständlich eine andere Auskunft. Danach ist ein Hammer ein Schlagwerkzeug mit Stiel und Kopf. Wenn auch diese Deutung an sich richtig ist, gibt sie doch kein auch nur im entferntesten klares Bild darüber, daß der Hammer das bedeutendste und gebräuchlichste, aber auch wohl eines der ältesten menschlichen Werkzeuge ist, das aus Leben und Technik einfach nicht fortgedacht werden kann und das zu den verschiedensten Verwendungszwecken in zahlreichen Formen hergestellt wird. Es gibt kaum ein Handwerk und nur wenige Haushalte, in denen nicht ein Hammer irgendwie gebraucht würde und vorhanden wäre.

In der Metallindustrie hat man — nur um an einigen Beispielen die Vielgestaltigkeit der Hammer zu zeigen — Niethammer, Banthammer, Vorschlaghammer, Sechshammer, Richt- und Schlichthammer, Weiz-, Kupfer- und Messinghammer (für empfindliche Metallteile), Treibhammer für Silber- und Kupferarbeiten, Bördelhammer in der Klemmerei zum Umliegen von Rändern, Schrotthammer und sogenannte Doppelp; die Dachdecker haben Schieferdeckerhammer in sähsischer, rheinischer und Berliner Form, Spitzhammer und Klauen- oder Zapfenhammer; bei den Maurern finden wir gewöhnliche Mauerschläger und solche in Berliner oder rheinischer Form, Bruchsteinhammer, Steinpalshammer, Botscherhammer, Ziegelhammer und Abputzhammer; die Platten- oder Fliesenleger haben neben ihrem gewöhnlichen Plattenlegerhammer besondere Fliesenhammer, Kreuzschlaghammer, Faustel und Plattenhammer mit Spitze und Schneide; bei den Steinhauern und Pfisterarbeiten kennt man Steinschlaghammer, Steinpalshammer, Zweispitzen-, einfache und doppelte Steinschläger, Botscherhammer mit gerader und hoher Bahn, Steinhauerhämmer, Faustel, Scharrierhammer, Pfaster- und Klempnerhammer in verschiedenen Formen; der Uhrmacherhammer ist besonders leicht und zeichnet sich durch eine runde Bahn (Kopfteil des Hammers) und lange Finne (Schmalteil des Hammers) aus; Glaser-, Schuster- und Töpferhammer sind durch besondere Form den Aufgaben des betreffenden Berufs angepaßt; in der Tischlerei hat man Schreiner- und Bauhämmer und hölzerne Klüppel oder Klüppel, und bei den Zimmerleuten finden wir die Hamburger Latthämmer, die vorn gespalten sind und eine lange und eine kurze Spitze haben, ferner aus Holz besonders geformte Schlägel und Klopshölzer sowie ein geschmiedetes Mittelglied zwischen Beil, Hammer und Hade, das als Zimmermannsbeil bekannt ist. Sogar in den ärztlichen Berufen findet man Hammer. Der Zahnarzt hat einen sogenannten Klobierhammer und der praktische Arzt den Perkussionshammer, wobei zu sagen ist, daß in der Medizin unter Perkussion das Beklopfen zu verstehen ist.

Wiel interessanter als diese einzelnen Arten, Formen und Verwendungszwecke des Hammers ist aber die Rolle, die der Hammer in Volkssitte, Glaube und Aberglaube spielt. Das Wort „Hammer“ bedeutet in den altnordischen und in den außereuropäischen Sprachen soviel wie Stein und weist auf das ursprüngliche für den Hammer verwandte Material hin. Auf germanischem Boden

wurde der aus Eisen geschmiedete Hammer erst um die Zeit von Christi Geburt bekannt. Da in alter Zeit der Hammer nicht nur Handwerkszeug war, sondern vor allem auch Kriegswaffe, hat sich bis heute der Hammer als Symbol des Kampfes, aber auch der Macht erhalten, und sogar in der heutigen Rechtspflege kommt noch das Symbol des Hammers vor, nämlich in der Versteigerung, in der der Auktionator den Zuschlag mit dem Hammer erteilt. Man spricht ja bei Versteigerungen sogar davon, daß etwas unter den Hammer kommt!

Bei der Grundsteinlegung eines Hauses werden auf den Grundstein einige weiße Hammerschläge ausgeführt. Ob das etwa ein Hinweis auf die künftige Besitzergreifung sein soll oder ob durch den Lärm der Hammerschläge die bösen Geister aus dem Hause vertrieben werden sollen, läßt sich heute nicht mehr nachprüfen. Wir finden nämlich in ganz Deutschland die Sitte verbreitet, zu bestimmten Zeiten (Allerheiligen, Weihnachten, Frühlingsanfang) Umzüge von Knaben oder jungen Burschen zu veranstalten, bei denen mit dem Hammer gegen die Türpfosten geschlagen wird, um die bösen Geister durch Lärm zu verschrecken. Auf der gleichen Linie liegt die unter den Schmieden weit verbreitete Sitte, am Dreißigstage mit dem Hammer auf den Amboss zu schlagen. Umgekehrt darf am Karfreitagstage in der Schmiede nicht gehämmert werden, da der Hammer ein sogenanntes Leidenswerkzeug sei. Wenn das nicht beachtet würde, verwüste der Hagel die Felder so weit, wie das Hämmern zu hören ist.

Die Beziehung zwischen dem Schmied und den Bräuten um den Hammer ist überhaupt recht eng. Das ist an sich schon ganz erklärlich, weil ja der Schmied der Verfertiger des Hammers ist. Die Schmiede war früher der Mittelpunkt des Männerlebens, war vielfach sogar der Versammlungsraum der Gemeinde. So kommt es, daß der Hammer als Einladung für Versammlungen noch heute in ländlichen Bezirken herumgeschickt wird und daß Versammlungen mit dem Hammer eröffnet werden.

Schließlich seien noch einige allgemeine Bräuche um den Hammer erwähnt. So soll man in der Neujahrsnacht nicht mit dem Hammer klopfen, sonst ruft man einen aus dem Hause nach dem Grab. Der Anfang der Ernte wird in einigen Gegenden Deutschlands durch das Klopfen mit dem Hammer an die Haustüren bekanntgegeben. Nach der Volkslage wird der Mörder herbeigerufen, wenn man mit dem Hammer auf den Sarg des Ermordeten schlägt.

Wenig bekannt dürfte sein, daß beim Tod des Papstes mit einem goldenen Hammer dreimal an die Tür des Sterbezimmers geklopft wird. Der Ursprung dieses Brauches dürfte auch in heidnischen Glaubensresten zu suchen sein.

## Herzklopfen

Ein schnuriges Ding ist das menschliche Herz. Sekunde um Sekunde, Tag um Tag, Jahr um Jahr, das ganze lange Leben hindurch dehnt es sich in regelmäßigem Wechsel aus und zieht sich kraftvoll wieder zusammen, dehnt sich aus und zieht sich zusammen, und wenn es nur wenige Augenblicke seine Arbeit einstellt, muß der Mensch seine letzte Reize in das Land antreten, „aus des Bezirkes sein Wanderer wiederkehrt“. In ihm selbst liegen die Antriebe und Quellen seiner unaufhörlichen Tätigkeit, aber im übrigen hat fast jedes Organ des Körpers die Möglichkeit, auf das Herz beschleunigend oder verlangsamend einzuwirken, die Kraft der Blutzufuhr zu vermindern oder zu verstärken. In Gedanken verzunken, wandertst du deine Straße; da schreist dich ein laut größendes Suspensivsignal dicht neben dir aus deinem Sinnem auf — und sofort quittiert dein Herz die grobe Störung mit rasendem Klopfen. Du denkst im stillen Kämmerlein an die Holde, der die entscheidende Frage vorzulegen du bisher nicht den Mut fandest (das soll auch jetzt noch bei zurückgebliebenen Leuten vorkommen); dein Herz merkt und teilt deine Erregtheit! Hastig wie alle Großstadtmenschen stürmst du die vier Treppen zu deinem säumigen Schuldner hinauf. Da! Schon auf dem dritten Treppenaufgang fängt dein Herz wie ein Maschinenweh an zu taden; du ringst nach Luft, die Knie zittern, du mußt dich niederlegen, weil dir schwarz vor den Augen wird — was ist das? Herzlähmung? Schlaganfall? Nur nicht zu ängstlich! Es geht noch nicht gleich ans Leben, wenn das Herz das Warnungssignal gibt: Ueberanstrengung nicht! Wenn allerdings schon bei geringen Anforderungen und häufig das Herz versagt, wenn seine Tätigkeit beginnt unregelmäßig zu werden, wenn gar Schwellungen auftreten und das Allgemeinbefinden leidet, dann ist es Zeit, sachverständigen Rat einzuholen. Gerade bei beginnenden Herzbeschwerden, die häufig im Anfang mehr Abmüdigungs- und Ermüdungserscheinungen sind, als daß sie auf organischen Veränderungen beruhen, kann durch eine vernünftige Änderung der Lebensweise und besonders der Ernährung viel gebessert und einer verhängnisvollen Verschlimmerung vorgebeugt werden.

Es ist auch nicht richtig, mit jeder wirklichen oder scheinbaren Herzklopfung sofort den Gedanken der Badekur in einem der vielen bekannten Herzheilbäder zu verknüpfen. Die in vielen Fällen zweifellos sehr günstige Einwirkung der Badebehandlung beruht, abgesehen von den allgemeinen klimatischen und seelischen Einflüssen jedes Kurortes, im wesentlichen auf der Behandlung mit Kohlensäure- und Kohlensäure-sulfidbädern. Diese Badebehandlung übt auf den Körper einen Reiz aus, der zwar abgestuft werden kann, aber auf alle Fälle eine Kraftaufwendung verlangt und verlangen soll, insofern durch die Bäder die Blutverteilung im Körper geändert wird. Verfügt das Herz nicht mehr über den dafür notwendigen Kraftvorrat, so können die Bäder eher schädlich als nützlich sein. Die Bäder stellen gewissermaßen eine methodische Herzgymnastik dar. Daher eignen sich für die Badebehandlung diejenigen Kranken nicht, deren Herzen unbedingt geschont werden müssen; also Kranke mit schweren wasserüchtigen Anschwellungen, mit hochgradiger, schon in der Ruhe auftretender Atemnot oder fiebernder Kranke mit Beteiligung des Herzens, wie besonders bei Gelenkheumatismus. Auch von Kropfkranken mit Herzbeschwerden (sogenannter Basedowscher Krankheit) sind nicht alle Fälle für eine Badekur in Herzbädern geeignet.

Ansichts der heutigen Wirtschaftsnot muß aber eine Bäderbehandlung gerade der Herzleiden noch von einem anderen Standpunkt aus betrachtet werden. Nicht selten machen solche Kranke, die alle Hoffnung auf eine Badekur setzen, es mit größter finanzieller Anstrengung, vielleicht unter Aufnahme von Darlehen, möglich, die Kosten aufzubringen, um dann hinterher oder sogar schon während der Kur durch berechtigtes Sorgen um ihr weiteres wirtschaftliches Dasein die günstigen Erfolge der Bäder wieder auf das Spiel zu setzen. Was die Bäder körperlich dem Herzen nützen, geht in solcher Lage seelisch wieder verloren. Daher möge jeder Herzkranke zunächst mit seinem Arzte und bei sich selbst ernstlich überlegen, ob er sich für eine Badekur eignet. Nur dann wird er dauernden Nutzen von ihr haben.

## Kur und Kurort

Auf dem letzten Balneologenkongreß, das ist der Kongreß der Badearzte, der in Bad Ems stattfand, stellte im Rahmen einer Vortragsreihe über die soziale Bäderfürsorge Dr. Franz Cohn aus Bad Kudowa unter allgemeiner Zustimmung die These auf, daß die Heilerfolge bei den von den Sozialversicherungen in die Bäder verschiebten Kranken wesentlich größer seien als bei den sogenannten Privatpatienten. Er führte das darauf zurück, daß die Sozialversicherungen einmal größte Sorgfalt bei der Auswahl des Kurortes anwenden und daß auch die straffe Handhabung der Kur wesentlich zum Erfolg beitrage.

## Hygiene in der Küche

Von Dr. Kurt Kayser.

Unsere Ernährung beginnt in der Küche. Damit ist ein gut Teil der menschlichen Gesundheitspflege in die Hand der Hausfrau gelegt, und die Beachtung der wichtigsten Regeln der Hygiene wird so auch in der Küche zum unerlässlichen Gebot.

Für die Hygiene in der Küche braucht man keineswegs kostspielige Apparate und allerlei maschinelle Einrichtungen, wohl aber ist hierfür ein gewisses, liebevolles Verständnis notwendig, zumal ja heutzutage vielfach die Küche nicht nur ihrem eigentlichen Zweck dienen kann, sondern oft genug auch gleichzeitig als Wohnraum benutzt werden muß.

Oberster Grundsatz aller Hygiene ist Sauberkeit. Deshalb suche man vor allem unnötige Staubfänger, wie die von altersher überkommenen Küchenstühle, Wandkrüge usw. zu beseitigen. Der Fußboden der Küche soll möglichst aus wasserundurchlässigem und leicht zu reinigendem Material bestehen. Da wir uns dies meist nicht selbst ausdenken können, empfiehlt sich für die Küche vor allem ein Fußbodenbelag von Linoleum, der bei Behandlung mit ölgetränkten Tüchern etwaige Staubpartikel am besten bindet. Ueberhaupt darf in der Küche nie trocken ausgefegt, sondern es muß stets feucht aufgewischt werden.

Sehr wichtig ist ferner die Sorge für gute und reine Luft. Nicht nur der Geruch der Speisen, auch der Gasherd oder die Gasplatte vermögen hier leicht Schaden zu stiften. Darum ist ein häufiges Lüften und sorgfältiges Bedecken aller Speisen vonnöten. Auf diese Weise wird man auch der Fliegengefahr am besten abhelfen, die überhaupt nicht zu gering veranschlagt werden sollte. Kann doch durch Fliegen, die sich auf die fertigen Speisen setzen, mitunter schwerste Krankheit übertragen werden.

Krankheitskeime sind es auch, die durch unhygienisches Geschirrspülen unserem Körper zugeführt werden können. Das Geschirz wird meist gebatelt in eine mit lauem Wasser gefüllte Abwaschschüssel getan und dann mit einem Lappen abgerieben.

Ein so gereinigter Teller ist aber durchaus nicht rein! Es haftet ihm vielmehr eine, wenn auch für das bloße Auge nicht sichtbare, Fettschicht an, die unter Umständen Tausende von krankmachenden Bakterien beherbergen und ernähren kann. Auch wer besonders sorgfältig zu sein glaubt und das Geschirz mit heißem Soda- oder Seifenwasser abwäscht, handelt hygienisch noch nicht richtig, denn bei diesem Verfahren gehen noch ganz erhebliche Mengen Soda und Seife bei der Wiederbenutzung in die Speisen und damit in den Körper über, wo sie krankhafte Schädigungen hervorzurufen vermögen. Heißes Soda- oder Seifenwasser soll man zwar zum Reinigen von Geschirz und Trinkgeschirren benutzen, aber man vergehe nie dabei, mit heißem, klarem Wasser nachzuspülen!

Ueber aller dieser, mehr sachlichen Hygiene darf die Hausfrau die persönliche nicht ganz vergessen. Daß man Speisen und Geräte nur mit sauberen Händen anfassen darf, ist wohl selbstverständlich. Eine schöne, saubere Küchenschürze wird der Hausfrau zur Zerbe und der Hygiene zum Nutzen gereichen, indessen diese Schürze darf man nicht in kritischen Augenblicken von kleinen Kindern als Taschentuch benutzen lassen oder sich selbst, z. B. wenn plötzlich Besuch kommt, die Hände daran abtrocknen.

Sehr wichtig ist natürlich für die Hausfrau auch die Gesunderhaltung ihrer eigenen Person. Es sei hierbei nur an den Wert praktischer Arbeitseinteilung, an Vermeidung unnötiger Wege und unnötigen Stehens bei Arbeiten erinnert, die sich, wie etwa das Gemüsepuzen oder das Kartoffelschälen, bequem auch im Sigen erledigen lassen. Mit dem Hin- und Hertrödeln schwerer Kochtöpfe werden häufig nutzlose Körperkräfte vergeudet. In den meisten Fällen tut es auch ein leichter Aluminiumkochtopf, der neben der Kräfteersparnis auch anderen, wichtigen Forderungen der Hygiene zu genügen vermag und selbst hygienisch völlig einwandfrei ist. Die Behauptung nämlich, daß Aluminiumtöpfe bei längerem Kochen kleine Mengen Metall an die Speisen abgeben, die der Gesundheit schaden können, ist durch einwandfreie, wissenschaftliche Untersuchungen auch des deutschen Reichsgesundheitsamts als falsch erwiesen worden.

So ließe sich noch eine ganze Reihe von Ratsschlüssen zur Hygiene der Küche geben, allein den meisten Hausfrauen dürfte es kaum schwer fallen, größere Verstöße zu vermeiden, wenn sie nur im entscheidenden Moment auch in der Küche nicht an die Regeln der Hygiene zu denken vergißt.

## Wissenswertes

### Die germanischen Sprachen

Die germanischen Sprachen sind nur ein Glied des sogenannten indogermanischen Sprachstammes, der die meisten europäisch-asiatischen Sprachen umfaßt. Wir unterscheiden bei den germanischen Sprachen das Nordgermanische, wozu Norwegisch, Isländisch, Dänisch und Schwedisch gehört; das Ostgermanische, das nur noch in Bruchstücken erhalten ist und das in das Gotische, Bandalische, Burgundische und einige andere Sprachgruppen zerfiel; schließlich in das Westgermanische, dazu gehören das Englische und Friesische, das Niederdeutsche der Flamen und Holländer, das Plattdeutsche, die mittel- und oberdeutschen Mundarten und das daraus abgeleitete Hochdeutsche.

### Ein interessante Gegenüberstellung

1600	Es hatten Einwohner	1925
40 000	Köln	698 000
30 000	Augsburg	165 000
26 000	Breslau	554 000
26 000	Magdeburg	292 000
25 000	Kürnberg-Jülich	466 000
25 000	Lübeck	120 000
18 000	Braunschweig	146 000
18 000	Erfurt	134 000
15 000	Hamburg	1 079 000
12 000	Frankfurt/M.	461 000
12 000	Dresden	618 000
12 000	Leipzig	679 000
12 000	Münster	105 000
12 000	Würzburg	89 000
8 000	Berlin	4 013 000
8 000	München	680 000
8 000	Stuttgart	341 000

### Ein fruchtbarer Dichter

Als fruchtbarster Dichter, der jemals gelebt hat, wird in der Weltliteratur der spanische Dichter Lope de Vega angezählt, der von 1562 bis 1635 lebte. Lope de Vega hat in seinen 73 Lebensjahren 1640 Theaterstücke geschrieben, ferner auch Epen und Romane. Er ist ein Meister in der Schilderung des Volkslebens und besonders in der Darstellung von Frauencharakteren. Interessant ist dabei, daß Lope de Vega katholischer Priester war und hohe kirchliche Würden bekleidete hat. Auch seine Schauspiele behandeln oft religiöse und kirchliche Themen, viele sind ausschließlich zur Verherrlichung kirchlicher Feste geschrieben.